

DEUTSCHER DEMOKRATISCHER READER



**03.10.2026
Rote Wende Leipzig**

Inhaltsverzeichnis

1. Gründungsgeschichte und Verhältnis zur Sowjetunion
2. Eigentums- und Produktionsverhältnisse
3. Politische Herrschaft im Arbeiter- und Bauernstaat
4. Bildungssystem und Jugendorganisationen
5. Frauenbefreiung und Familienpolitik
6. Sozialer Wohnungsbau und Stadtplanung
7. Sport- und Kulturbetrieb
8. Gesundheitssystem
9. Die DDR als antifaschistischer Staat
10. Die DDR als Friedensstaat
11. Politische Annektion der DDR
12. Ökonomische Annektion der DDR
13. Wer hat Angst vor der DDR?

1. Zur Gründung der DDR

1. Einleitung

Nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands im Mai 1945 wurde das Land von den vier Siegermächten USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion besetzt. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt; auch Berlin erhielt vier Sektoren. In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) übernahm im Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) die politische und administrative Kontrolle. Nach dem einer der barbarischsten Kriege der Menschheitsgeschichte endete, erblickte auf deutschem Boden ein neuer Staat die Weltbühne. Am 7. Oktober 1949 trat die Verfassung der DDR in Kraft und der deutsche Volksrat erklärte sich zur provisorischen Volkskammer. Auf diese Gründungsgeschichte wollen in den weiteren Sätzen eingehen.

1.2. Die sowjetische Besatzung

Nach dem Sieg der Roten Armee und der vertragsmäßigen Übernahme der deutschen Gebiete, die gemäß der Konferenz von Jalta unter sowjetischer Kontrolle standen, stellte sich die Frage, was die Führung der Sowjetunion tun würde. Die Völker der Sowjetunion erlitten schwerste Verluste in genozidalen Ausmaßen während des Kriegs. Zeit zum Aufatmen blieb im Angesicht des aufsteigenden US Imperialismus und seiner westlichen Verbündeten (die sich später als Nato formatierten) nicht. Es stellt sich also die Frage, wie eine erneute Erstarkung der deutschen imperialistischen Cliquen und die seiner faschistischen Horde, verhindert werden konnte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Kommunisten durch Mord und Lagerhaft innerhalb der deutschen Gesellschaft (die zweifelsohne viele Perversitäten mitgetragen hatte) ihre Stärke, welche vor der Machtübergabe an die Faschisten 1933 herrschte, verloren hatten, schien ein revolutionärer Umsturz der herrschenden Verhältnisse durch das deutsche Proletariat selbst als ein ferner Wunsch. Dementsprechend musste die Transfusion in eine sozialistische Gesellschaft auf anderen Wegen geschehen. Dennoch blieben die materiellen Bedingungen für die Schandtaten der Nazis gleich, welche es galt, auszumerzen. Die Sowjetunion, aber auch die deutschen Genossen (KPD) betrachteten Großgrundbesitz, Großindustrie und wirtschaftliche Machtkonzentration als wesentliche ökonomische Grundlagen des deutschen Militarismus und in seiner eskalierenden Spirale auch des Faschismus. Deshalb wurde in der SBZ eine Bodenreform durchgeführt. Großgrundbesitz wurde enteignet und Land teilweise an Landarbeiter und Kleinbauern verteilt. Zugleich wurden zahlreiche große Unternehmen enteignet, beziehungsweise verstaatlicht. Dadurch entstand schrittweise eine Wirtschaftsordnung, in der Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln stark zurückgedrängt wurde. Diese Entwicklung entspricht der grundlegenden Annahme, dass politische Herrschaft eng mit den Eigentumsverhältnissen einer Gesellschaft verbunden ist. Die Beseitigung der ökonomischen Macht der alten Eliten sollte daher nicht nur wirtschaftliche Ungleichheit verringern, sondern auch verhindern, dass sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Faschismus wiederherstellten. Eine sowjetische Darstellung der Nachkriegsgeschichte bezeichnete die Enteignung von Großindustrie und die Beseitigung der wirtschaftlichen Macht der Monopole ausdrücklich als notwendige Voraussetzung für die demokratische Entwicklung Ostdeutschlands. Diese Beseitigungen gingen auch mit der Reparationspolitik der SBZ einher. Zum einem ging es hierbei die ökonomischen Grundlagen des deutschen Imperialismus auszuschalten, sowie Entschädigungen (in Form von Geld, Demontagen, Sachlieferungen und die Entnahme von Produktionsanlagen) für die schweren Kriegsschäden in der SU einzutreiben.

Man muss in der Betrachtung also zwischen den Reparationen an die SU und den innerdeutschen Enteignungen unterscheiden. Letztere sind eben keine Reparationsleistungen, sondern Bestandteil eines gesellschaftlichen Umbaus in der SBZ, allerdings war für beides diese Enteignung notwendig.

1.3. Die Entstehung der SED

Eine zentrale Voraussetzung für die spätere DDR war die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im April 1946. Aus einer ganz pragmatischen Sicht sollte damit die Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und insbesondere der Aufstieg Hitlers wurden als Beweis dafür interpretiert, dass eine dauerhafte Spaltung der Arbeiterparteien den Faschismus begünstigt habe. Auf dem Vereinigungsparteitag vom 21./22. April 1946 entstand die SED unter dem gemeinsamen Vorsitz von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Die anfänglich angekündigte Gleichberechtigung von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde allerdings in der politischen Praxis zunehmend eingeschränkt. Sozialdemokraten wurden teilweise aus politischen Funktionen verdrängt. Aus Sicht der damaligen SED wurde die Vereinigung vor allem als notwendige politische Einheit der Arbeiterklasse verstanden. Gleichzeitig zeigt die historische Entwicklung, dass diese Einheit nicht ausschließlich freiwillig oder auf Grundlage ideologischer Linienkämpfe nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus entstand. Der Einfluss der sowjetischen Administration war erheblich. Deshalb muss zwischen dem revolutionären Anspruch - der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung unter Führung einer kommunistischen Partei - und der tatsächlichen politischen Durchsetzung dieser Einheit unterschieden werden. Gleichwohl war diese Prozesse zur Bildung einer handlungsfähigen Partei alternativlos.

1.4. Die Rolle der Sowjetunion

Die Sowjetunion nahm bei der Entstehung der DDR eine doppelte Rolle ein. Einerseits ging es ihr darum, die gesellschaftlichen Ursachen des deutschen Militarismus und Faschismus zu beseitigen. Nach dem deutschen Überfall von 1941 hatte die Sowjetunion enorme Zerstörungen und Millionen Tote zu beklagen. Aus sowjetischer Sicht war deshalb ein erneutes Erstarken eines militärisch starken Deutschlands unbedingt zu verhindern. Andererseits formierte sich unter Führung der SU ein politisches, ökonomisches und militärisches Bündnis (militärisch als Warschauer Pakt bekannt, umgangssprachlich Ostblock), dessen Existenz durch den westlichen Imperialismus gefährdet war (1945 hatten die USA mit Atombombenabwürfen in Japan gezeigt, wozu sie bereit waren). Interessant ist dabei, dass die Sowjetunion unmittelbar nach dem Krieg zunächst nicht offiziell die Gründung eines separaten ostdeutschen Staates anstrebte. Stalin erklärte am 9. Mai 1945, die Sowjetunion wolle Deutschland weder zerstückeln noch vernichten. Auch auf der Potsdamer Konferenz wurde grundsätzlich an der Vorstellung eines politisch und wirtschaftlich einheitlichen Deutschlands festgehalten. Erst die zunehmende Verschärfung des Konflikts zwischen den westlichen Alliierten veränderte die Situation. Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Besatzungsmächten zerfiel. 1948 führten die Westmächte in ihren Besatzungszonen eine Währungsreform durch. Gleichzeitig verschärfen sich die Auseinandersetzungen über die politische Zukunft Deutschlands. Die sowjetische Führung reagierte mit einer stärkeren politischen und wirtschaftlichen Integration ihrer Besatzungszone. Während sich im Westen eine kapitalistische Ordnung unter maßgeblichem Einfluss der USA entwickelte (Stichwort Marshallplan), entstand im Osten eine Gesellschaft, die sich zunehmend an der sowjetischen sozialistischen Ordnung orientierte.

1.5. Von der SBZ zur DDR

Ab 1948 entwickelte die SED sich zunehmend in eine marxistisch-leninistische Kaderpartei. Es wurden die wirtschaftlichen und politischen Strukturen stärker zentralisiert. Die SED entwickelte gemeinsam mit anderen Organisationen die Volkskongressbewegung. Diese sollte den Anspruch verkörpern, dass die politische Neuordnung nicht lediglich von einer Partei, sondern von breiten Teilen der Bevölkerung getragen werden solle. Im Mai 1949 verabschiedete der dritte deutsche

Volkskongress einen Verfassungsentwurf. Dieser sah Deutschland weiterhin als „unteilbare demokratische Republik“ vor. Die Verfassung enthielt zahlreiche Grundrechte und orientierte an der sowjetischen Verfassung von 1936.

Die Entwicklung im Westen führte schließlich zur Entscheidung für einen eigenen, ostdeutschen Staat. Nachdem am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden war, wurde am 7. Oktober 1949 die DDR gegründet. Der Deutsche Volksrat konstituierte sich an diesem Tag als provisorische Volkskammer und setzte die Verfassung in Kraft. Wilhelm Pieck wurde Staatspräsident, Otto Grotewohl Ministerpräsident. Die Gründung der DDR war nicht einfach die revolutionäre Entscheidung einer deutschen KP und der Arbeitermacht. Die SU hatte die entscheidenden politischen Rahmenbedingungen geschaffen. Aus heutiger Perspektive lässt sich die Gründungsphase der DDR als Versuch verstehen, nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches eine neue gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, in der die ökonomische Macht von Großgrundbesitzern und Großkapitalisten beseitigt und die Produktionsmittel zunehmend vergesellschaftet werden sollten. Die SED sollte hierbei die Avantgarde bilden und nach und nach die Verantwortung übernehmen. Gleichzeitig muss die Rolle der Sowjetunion differenziert betrachtet werden. Sie ermöglichte maßgeblich den gesellschaftlichen Umbau in der SBZ und schuf grundlegende Voraussetzungen für die spätere DDR. Ihre Politik war jedoch nicht ausschließlich von internationaler Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse bestimmt, was in Anbetracht des Leides der sowjetischen Bevölkerung durch deutsche Täter (die aus allen Gesellschaftsschichten stammten) nicht sonderlich verwunderlich war, sondern auch von Sicherheits-, Reparations- und Strategischen Interessen geprägt. Die sowjetische Führung hielt zunächst sogar an der Möglichkeit eines einheitlichen Deutschlands fest. Erst die zunehmende Konfrontation mit den westlichen Imperialisten und der massiven nuklearen Aufrüstung machte die dauerhafte Teilung wahrscheinlicher. Die DDR entstand somit 1949 an einer historischen Schnittstelle von revolutionärer Klassenpolitik, antifaschistischem Neuaufbau, sowjetischen Interessen und der beginnenden Konfrontation mit dem NATO-Imperialismus. Eine marxistisch materialistische Betrachtung sollte den Schwerpunkt auf die Veränderung der Eigentums- und Klassenverhältnisse setzen.

2. Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der DDR

2.1 Einleitung

Die DDR war ein sozialistischer Staat. Auch wenn bereits dieser simple Fakt unter vielen linken und sogar (vermeintlichen) Kommunisten rege Diskussionen auszulösen vermag, so reicht doch ein kurzer Blick auf die tatsächlich vorherrschenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik, um diesen festzustellen.

In der DDR wurde in Eigentumsfragen grundsätzlich in sozialistisches und persönliches Eigentum unterschieden. Während das persönliche Eigentum wohl zu den Lieblingsfragen dümmlicher FDPlers zählt, ist für eine Betrachtung der Eigentums- und v.a. auch Produktionsverhältnisse der DDR in erster Linie das sogenannte Sozialistische Eigentum interessant. Dieses unterschied sich in Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum. Während sich hierbei in Sachen formaler Eigentumsverhältnisse Unterschiede ergaben, lag beiden zugrunde, dass sie dem Plan verpflichtet waren und ihre Erzeugnisse entsprechend diesem verwaltet wurden und nicht der persönlichen Bereicherung dienen konnten.

Bereits vor der Staatsgründung wurden unter sowjetischer Verwaltung große Teile der bestehenden Produktionsmittel, sowie Großgrundbesitz enteignet und in Volkseigentum überführt. Die umfassende Boden- sowie Industriereform verstaatlichte jeglichen Grundbesitz über 100ha und rund 10.000 bestehende Industriebetriebe, allen voran traf es Eigentum ehemaliger führender NSDAP-Mitglieder und Kriegsverbrecher (auch besonders im Großgrundbesitz sehr konservative). Während die Industriebetriebe direkt ins Volkseigentum übergingen, wurde das enteignete Land im absoluten Großteil unter Kleinbauern, Landarbeitern u.ä. aufgeteilt. Die Enteignungen wurden von Reformkommissionen verwaltet, in denen tausende einfache Arbeiter vertreten waren – in Sachsen geschahen sie zu großen Teilen direkt unter Volksentscheid. Zur Gründung der DDR waren bereits knapp 50% der bestehenden Produktionsmittel in volkseigener Hand, 35% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurde umverteilt oder mit Gründung der DDR zu volkseigenen Gütern umgewandelt.

Das Volkseigentum und seine Nutzung waren per Verfassung vorgeschrieben. Bereits in ihrer ersten Verfassung legte der sozialistische Staat fest, dass wirtschaftliche Leistungen (auch durch damals noch stärker vertretene, private Unternehmen) der staatlichen Planung zu dienen hatten und verbot Großgrundbesitz oder Möglichkeiten zur Monopolbildung. In der Verfassung von 1968 wurde weiter ausgeführt, dass Bergwerke und Bodenschätze, Kraftwerke und größere Industriebetriebe, Banken, Versicherungen, Transport- und Verkehrswesen, sowie öffentliche Verkehrsmittel, Post- und Fernmeldewesen Volkseigentum waren, Privateigentum daran war prinzipiell unzulässig. Auch wurde die Veräußerung volkseigener Produktionsmittel (also Privatisierungen) dadurch grundlegend ausgeschlossen. Zudem wurde hier per Verfassung festgelegt, dass das Ziel jeglicher Nutzung von Volkseigentum das höchstmögliche Ergebnis für die Gesellschaft, die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums, zu sein hatte. Auch, dass Nutzung ausschließlich durch volkseigene Betriebe (VEB) oder genossenschaftliche und gesellschaftliche Organisationen erfolgte, war hier geregelt.

Der Anteil der Produktionsmittel im Volkseigentum stieg innerhalb der nächsten Jahrzehnte durchgehend an – einerseits durch spätere Enteignungen kleinerer Betriebe, die nicht von den ersten Industriereformen betroffen waren, andererseits auch durch die stetig steigende Wirtschaftsleistung der DDR und der damit neu entstehenden volkseigenen Betriebe in den verschiedensten Bereichen. Auch wurden immer Größere Teile der Landwirtschaft, aber auch bspw. des Handwerks Teil von sogenannten Produktionsgenossenschaften. Land/Betrieb o.ä. blieb also formal Eigentum der Beteiligten, allerdings waren auch sie dem Plan verpflichtet und konnten keinen persönlichen Profit damit erwirtschaften.

In den 80er Jahren waren ca. 98% des Produktivvermögens volkseigen, rund 81% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) bewirtschaftet.

2.2 Der Klassenstaat DDR?

Entsprechend einer marxistischen Klassenanalyse ist die DDR dementsprechend ein sozialistischer, von Arbeiterinnen und Arbeitern geführter Staat. Es gibt keine kleine besitzende Klasse mehr, an die der Großteil der Bevölkerung seine Arbeitskraft verkaufen muss – stattdessen stellen die Arbeiter ihre Arbeitskraft dem Gemeinwohl zur Verfügung und profitieren im Umkehrschluss umfassend von den Erträgen und Errungenschaften ihres Staates. Teile der DDR- Gesellschaft, die die Ausnahme dieser Regel bilden, sind alles andere als eine homogene Gruppe, sondern vereinzelte Künstler oder auch einzelne Parteifunktionäre, die nicht „klassisch“ in Arbeit stehen.

Die wenigen Besitzer privater Unternehmen, die noch im klassischsten Sinne abseits der arbeitenden Klasse stehen, sind ebenfalls keine wirklich brauchbare analytische Größe, da sie trotz Privatbetrieb nicht vollständig eigenständig wirtschaften können, sondern nach wie vor an die zentrale Planung angebunden und von dieser abhängig sind. Auch konnten sie nachweislich keine nennenswerten Reichtümer durch ihre Arbeit (bzw. die ihrer Angestellten) anhäufen, die in irgendeiner Weise ökonomische Grundlage bieten, sie einer eigenen Klasse zuzuordnen.

Kritiken, auch aus marxistischen Kreisen, die in der späteren Entwicklung der DDR die Herausbildung einer neuen Klasse innerhalb der Parteibürokratie oder „Parteibonzentum“ sehen, müssen deshalb als fehlerhaft angesehen werden. Zwar gibt es durchaus mehr als valide Kritiken an der schwindenden Kritikkultur innerhalb der SED- Führung und der in Teilen zunehmend undemokratischen Führung, allerdings fehlt dieser weitestgehend die ökonomische Grundlage zur Herausbildung einer neuen Klasse. Vielmehr geht es hier um wichtige Probleme in der Anwendung des Demokratischen Zentralismus innerhalb der Partei. → mehr dazu unter 3.

2.3 Wie funktionierte das Volkseigentum?

Das im DDR- Recht als Sozialistisches Eigentum benannte Volkseigentum, gliederte sich vor allem in zwei Hauptformen: Volkseigentum und genossenschaftliches Eigentum. Sowohl als auch beschreiben, wie bereits erwähnt, Eigentum, das vollständig in die zentrale Planung eingebunden und dieser unterworfen ist und deren Erträge der Allgemeinheit zugute kommen. Beim Volkseigentum, zu dem neben Bodenschätzen, Naturrohstoffen und öffentlicher Infrastruktur auch die zahlreichen VEB zählten, lag das Eigentum grundsätzlich in öffentlicher Hand – Eigentümer war dementsprechend die gesamte DDR- Bevölkerung. Im Unterschied zum öffentlichen Eigentum/Staatseigentum im Kapitalismus war zentral, dass der Bürger nicht von der Nutzung dieses ausgeschlossen werden sollte, sondern die Nutzung durch den Bürger bestmöglich verwaltet wurde.

Durch wen diese Verwaltung konkret erfolgte, war sehr unterschiedlich. Nutzung und Bewirtschaftung volkseigener Produktionsmittel erfolgten durch die VEB oder durch Vergabe von Nutzungsrechten, Genossenschaften oder Vereinen unter Maßgabe der öffentlichen Planziele. Grob gesagt wurden die staatlichen Perspektivpläne der zuständigen Plankommissionen auf Staat- oder Bezirksebene durch Rücksprache mit den zuständigen, volkseigenen Betrieben überprüft und angepasst. Die daraus entstandenen Pläne dienten anschließend als Arbeitsgrundlage und Produktionsziel. Darüber hinaus konnten Nutzungsrechte an Volkseigentum auch an Privatpersonen vergeben werden. Das passierte vor allem im kleineren zu Reproduktionszwecken. Das wohl beste Beispiel waren Kleingärten o.ä., für wirtschaftliche Zwecke war dies quasi vollkommen irrelevant.

Das genossenschaftliche Eigentum war, wie bereits angeschnitten, ebenfalls der Erfüllung der zentralen Planziele verpflichtet. Der Unterschied zum Volkseigentum lag in erster Linie darin, dass Teile der Produktionsmittel (v.a. Landbesitz in kleinerem Rahmen) formal in privater Hand verblieben, die Nutzungsrechte allerdings an die Genossenschaft abgegeben wurden. Andere Teile der Produktionsmittel, wie zum Beispiel Maschinen, waren direkt Eigentum der Genossenschaften (v.a. auch später eingekaufte Technik) und kamen auf diese Weise allen Genossenschaftsmitgliedern und der gemeinsamen Produktion zugute. Auf diese Weise konnte auch die, zuvor oftmals sehr zersplitterte und v.a. familiär organisierte, kleinbäuerliche Landwirtschaft effektiv in die zentrale Planung miteinbezogen werden und die Bewirtschaftung durch gemeinsame Arbeit und geteilte Maschinen effektiver gestaltet und gegen Schäden und Ausfälle abgesichert werden.

Zwar gab es über das gesamte Bestehen der DDR hinweg auch privat geführte Unternehmen, allerdings machten diese einen derart geringen Anteil der DDR- Wirtschaft aus, dass sie für eine Betrachtung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse der gesamten DDR- Volkswirtschaft quasi keine Rolle spielen. Außerdem waren auch diese an die zentrale Planung angebunden (bspw. Durch festgelegte Preise usw.) und wurden mit längerem Bestehen des sozialistischen Staates mehr und mehr an VEB oder Produktionsgenossenschaften angegliedert.

Die zentrale Planung durch die Plankommission umfasste dabei alle Bereiche der Produktion. Sie plante zentral welche Produkte, in welcher Menge und Qualität produziert werden sollten, sowohl in längerfristigen Perspektivplänen (i.d.R. fünf Jahre), als auch konkreteren Jahresplänen. Diese Pläne sollten zum Einen den alltäglichen Bedarf an Konsumgütern in der Bevölkerung decken, zum Anderen eine planmäßige Weiterentwicklung der Wirtschaft sicherstellen. Sie wurden unter Rücksprache mit den Betrieben und Genossenschaften (sowie den Wirtschaftsministerien und branchenspezifischen Verbänden), die diese umsetzen sollten, unter Einbeziehung der Arbeiter überprüft und angepasst. Auf Grundlage der angepassten Pläne, die die Grundlage für die weitere Produktion bildeten, wurden entsprechend benötigte Materialien, Rohstoffe und Arbeitsplätze zugeteilt. Im weiteren wurde auch die Verteilung der produzierten wirtschaftlichen Erträge nach Plan vorgenommen, sowie Preise für Güter zentral von der Preiskommission festgelegt.

Ein absoluter Großteil der produzierten Güter, ob für alltäglichen Konsum, für Entwicklung der Wirtschaft oder den Export in (sozialistische) Drittstaaten, stammten entsprechend dieser Pläne aus volkseigenen Betrieben/LPG. So produzierten die LPGs in den 80er Jahren bspw. 95% der pflanzlichen und 75% der tierischen Erzeugnisse, die in der DDR produziert wurden.

2.4 Arbeit in der DDR

Entsprechend dem extrem geringen Anteil an Privatbetrieben an der DDR- Wirtschaft, arbeitete der absolute Großteil aller Arbeiterinnen und Arbeiter der DDR entweder in volkseigenen Betrieben oder einer Produktionsgenossenschaft. Zwischen 80% und 90% aller Werktätigen (die mangels Arbeitslosigkeit tatsächlich nahezu alle Menschen, die nicht Schüler, Student oder Rentner waren, umfassten) arbeiteten am Volkseigentum.

Die DDR setzte, neben den sehr viel umfassenderen sozialpolitischen Maßnahmen (wie günstige Mieten, subventionierte Grundversorgung, kostenlose Kinderbetreuung und Bildung) auch darauf, dass Vollbeschäftigung der effektivste Weg der sozialen Sicherung war, der gleichzeitig der gesamten Bevölkerung zugute kam. Das Recht auf einen Arbeitsplatz und die Pflicht zu arbeiten waren dementsprechend in der DDR-Verfassung festgeschrieben: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und darauf, diesen entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft und seiner persönlichen Qualifikation frei zu wählen.“

Tatsächlich gab es in der DDR quasi keine Arbeitslosigkeit, ein vermeintlich simpler Fakt, der in jedem kapitalistischen Staat völlig unvorstellbar wäre. Die Arbeitsplätze und auch entsprechende Ausbildungen waren, wie alle Bereiche der Wirtschaft, Teil der zentralen Planung. Auch die Löhne waren staatlich festgelegt, unterschieden sich dementsprechend nur nach Qualifikationen oder evtl. Zuschlägen für Schichtdienste o.ä., nicht nach Betrieb oder wirtschaftlicher Lage. Damit waren die noch bestehenden Lohnunterschiede vergleichsweise gering – sollten also lediglich schwerere Arbeitsbedingungen oder höhere Qualifikation kompensieren und führten nicht zu drastischen Unterschieden im Lebensstandard. Auch wurde so sichergestellt, dass jeder Lohn (auch die bestehenden festgelegten Mindestlöhne), in Kombination mit staatlichen Subventionen an Lebensmitteln, Mieten usw., zumindest eine würdige Grundversorgung abdecken konnten. Zum Vergleich: trotz oft beschworenem niedrigeren Lohnniveau im sozialistischen Nachbarland, blätterten BRD- Bürger oftmals 20% bis 30% mehr ihres Lohns für die Miete hin (DDR Durchschnitt 4% bis 6% des Lohns).

Auch wenn der absolute Großteil der DDR-Bevölkerung also noch immer Lohnarbeitende waren, lässt sich doch kaum ein Vergleich mit Lohnarbeit in kapitalistischen Staaten anstellen. Im Gegensatz zur BRD (damals, wie heute) war ein Arbeitsplatz tatsächlich sicher und konnte eine würdige Versorgung gewährleisten.

Außerdem gingen mit dem Arbeitsplatz auch weitere Annehmlichkeiten einher, wie zum Beispiel betrieblich oder gewerkschaftlich mitfinanzierte Urlaube. Ein weiteres Beispiel dafür, dass auch Lohnarbeit in der DDR tatsächlich dem Gemeinwohl, nicht einzelnen Betrieben zugute kam, zeigt sich darin, dass es vollkommen normal war, sich für Mithilfe an gesellschaftlichen Sport- oder Kulturveranstaltungen freistellen zu lassen. Auch Arbeitnehmerrechte, wie zum Beispiel spezielle Formen des Kündigungsschutzes o.ä. waren vergleichsweise fortschrittlich. So bestand bspw. ein besonderer Kündigungsschutz für Menschen mit Schwerbehinderung schon seit den 70er Jahren (in der BRD erst seit 2001). Dazu kommt, dass auch die Stellung der Frau im Betrieb, wie auch anderen Bereichen der Gesellschaft, aktiv gefördert wurde. In den 70er Jahren waren weit über 80% der Frauen voll erwerbstätig, schon seit den 50er Jahren gab es in tausenden Betrieben organisierte Betriebsfrauenausschüsse. → Mehr dazu unter 5.

3. Politische Herrschaft im Arbeiter- und Bauernstaat

3.1. Einleitung

Jedes Kind, welches in der BRD aufwächst, kriegt in der Schule ein ganz bestimmtes Bild über die politische Herrschaft in der DDR vermittelt. Dieses Bild ist von westlicher Propaganda so stark verzerrt, dass man das meiste Wissen über die DDR in den Köpfen der Menschen gar nicht mehr als solches bezeichnen kann. Das politische System der DDR war sehr komplex und vielschichtig, weswegen die meisten geschichtsrevisionistischen Historiker und Politikwissenschaftler lediglich die starken Unterschiede zur bürgerlich parlamentarischen Demokratie und ihren Institutionen in der BRD als Beweis für ihre Diffamierung der DDR als undemokratisch herbeiziehen. Wir wollen uns deshalb in diesem Text genauer anschauen, wie die politische Herrschaft in der DDR organisiert war und welche Möglichkeiten es für die Bevölkerung gab, diese mitzugestalten.

3.2. Sozialistische Demokratie in der DDR und parlamentarische Demokratie der BRD

Wie bereits schon erwähnt, war die Demokratie und die demokratische Ausübung politischer Macht in der DDR ganz anders organisiert, als in der BRD, bei welcher das Parlament die zentrale Rolle spielt. Ein Parlament, welches zudem noch wie ein Markt aufgebaut ist und in dem Parteien sowie ihre Funktionäre über den besten Dienst am deutschen Kapital konkurrieren. Gleichzeitig bekommt man auch die Möglichkeit, sich während dieser Konkurrenz enorm zu bereichern und nach dem Verlust seiner Tätigkeit mit genügend Finanzen, Firmenanteilen und Kontakten selbst direkt Teil der herrschenden Klasse zu werden.

Dass eine sozialistische Demokratie nicht so aussehen kann und sollte, wie eine parlamentarische Demokratie des Kapitalismus, sollte jedem Marxisten mit einem Verständnis des historischen Materialismus logisch erscheinen. Denn für die Gründer der DDR war klar, dass sich die politische Teilhabe der Bevölkerung in einer Diktatur des Proletariats nicht bloß auf die Wahl des Parlaments (Volkskammer) zentrieren kann, sondern möglichst viele Bereiche des Lebens durchziehen sollte. So waren die Teilhabe am Produktionsprozess, in den Kommunen und sogar an den Schulen essentieller Bestandteil der sozialistischen Demokratie in der DDR. Auf die wichtigsten Möglichkeiten der politischen Teilhabe und deren Organisation werden wir nun genauer eingehen.

Oberstes Parlament der DDR - Die Volkskammer

Auch in der DDR fanden Wahlen statt, bei denen die Abgeordneten des obersten Parlaments, der Volkskammer, sowie die Abgeordneten der örtlichen Volksvertretungen anwesend waren. Die Volkskammer der DDR besaß 500 Abgeordnete (400 vor 1963). Bei den Wahlen der Volksvertretungen wurde die Liste der Nationalen Front, anstatt einzelner Parteien und Funktionäre gewählt. Diese Kandidaten mussten sich vor der Wahl auf Wählerversammlungen dem Urteil des Wahlvolkes stellen, um auf besagter Liste zu landen. Die Sitze in den DDR Parlamenten wurden unter den 5 Parteien (SED, CDU, LDPD, DBD und NDPD) und den Massenorganisationen aufgeteilt. Neben den Parteifunktionären saßen also auch der FDGB, die FDJ, der DFD und der KB in den Parlamenten der DDR. Die Volkskammer wählte den Ministerrat, die offizielle Regierung der DDR und stimmte über Gesetze ab. Die Gesetze wurden zuvor in den Parteien und Massenorganisationen diskutiert, Vorschläge sowie Kritiken eingearbeitet und dann zum Schluss vom Politbüro des Zentralkomitees der SED zusammengetragen und abgestimmt, anschließend dann von der Volkskammer beschlossen.

Örtliche Volksvertretung – Bezirke, Kreise, Kommunen

Die Aufgliederung der einzelnen Bundesländer wie heute gab es damals in der DDR nicht. Stattdessen war die DDR in 14 Bezirke und das Stadtgebiet Ostberlin unterteilt, in wiederum 217 Kreise die

Neugliederung orientierte sich auch an den wirtschaftlichen Ausrichtungen der Gebiete. Die örtlichen Volksvertretungen sahen wie folgt aus:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| - in der Hauptstadt der DDR, Berlin | die Stadtverordnetenversammlung |
| - im Bezirk | der Bezirkstag |
| - im Stadtkreis | die Stadtverordnetenversammlung |
| - im Stadtbezirk | die Stadtbezirksversammlung |
| - im Landkreis | der Kreistag |
| - in der kreisangehörigen Stadt | die Stadtverordnetenversammlung |
| - in der Gemeinde | die Gemeindevertretung |

Diese setzten sich ähnlich wie die Volkskammer zusammen. Insgesamt waren in den örtlichen Volksvertretungen 208 506 Mandatsträger tätig. Aufgabe der örtlichen Volksvertretungen war die Durchführung der Politik des sozialistischen Staates in ihren jeweiligen Gebieten. Über die Bezirkstage wurden zum Beispiel ständige Kommissionen gewählt, welche folgende Arbeitsgebiete umfassten: Haushalt, Landwirtschaft und ländliches Bauwesen, örtliche Industrie, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, Volksbildung, Handel, Verkehr, Wohnungswesen und Kommunalwirtschaft, kulturelle Massennarbeit, örtliche Volkspolizei und Justiz. Die Kommissionen bestanden aus mindesten 5 Abgeordneten und sollten die erfahrensten Bürger des Bezirks auf dem jeweiligen Fachgebiet um sich sammeln, um bei der Arbeit der zuvor genannten Aufgaben mitzuwirken. So hatte die Bürger der DDR auch über die örtlichen Volksvertretungen jede Menge Möglichkeiten, am politischen Geschehen mitzuwirken.

Demokratie am Arbeitsplatz - Volkseigene Betriebe und Gewerkschaften

Die vermutlich größte demokratische Errungenschaften der DDR war die direkte Beteiligung der Arbeiter im Produktionsprozess. Der Zentral vorgegebene Plan und die Beteiligung des eigenen Betriebs an diesem wurde von der Belegschaft diskutiert und gegebenenfalls kritisiert. Auch hier wurde also nach dem demokratischen Zentralismus gearbeitet, die Kennziffern und Daten des Plans wurde durch die Gremien von oben nach unten durchgegeben, dort dann diskutiert und über die Machbarkeit oder die bessere Erfüllung beraten und dann wieder nach oben zurückgegeben. Durch gewisse Sachzwänge konnte natürlich nicht jeder Wunsch der Belegschaft erfüllt werden, jedoch hatte jeder Proletarier das Recht und die Pflicht an der Planung der Produktion im Betrieb beteiligt zu sein. Auch die Gewerkschaften spielten eine wichtige Rolle in der sozialistischen Demokratie. So hatten diese durch die Sitze des FDGB in den Parlamenten Einfluss auf die Gesetzgebung. Auch verwalteten sie die Nutzung des gewerkschaftlichen Eigentums, was ziemlich genau dem Prinzip in den VEB's folgt, der Plan wird von oben nach unten durchgegeben dort diskutiert und beraten und wieder zurückgetragen. Auch die Leitungen der Betriebe konnten bei wiederholten Auftreten von Fehlern durch ein Aufbegehren der Belegschaft ausgetauscht werden.

3.3. SED

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in ihrem Selbstverständnis als Avantgardepartei, spielte natürlich eine massive Rolle bei der politischen Herrschaft in der DDR. Mit ihren mehr als 2 Millionen Parteimitgliedern (ca.16% der DDR-Bevölkerung) durchdrang sie mit diesen natürlich jeden Bereich des Arbeiter- und Bauernstaats. Seit 1968 wurde ihr gemeinsamer Führungsanspruch mit der Arbeiterklasse in der Verfassung festgehalten. Die SED hatte den Anspruch, nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert zu sein, welcher in Praxis aber oftmals, besonders gegen Ende der DDR, mangelhaft zur Anwendung kam, dazu aber später mehr. Zunächst einmal schauen wir uns die Verschiedenen Leitungsebenen der SED an. Die niedrigste Stufe waren hier die Grundorganisationen (GO), diese waren in Betrieben, Behörden, Genossenschaften, Wohngebieten

und anderen Einrichtungen tätig und wurden von einem Parteisekretär geleitet. Die GO war wiederum in Parteigruppen und in Abteilungsparteiorganisationen (APO), welche eine Zusammenfassung mehrerer Parteigruppen waren. Die Grundorganisationen eines Kreises unterstanden der SED-Kreisleitung. Sie gab es in Land- und Stadtkreisen, sowie Stadtbezirken, aber auch wenige weitere in Großbetrieben, Massenorganisationen, Ministerien oder Universitäten/Hochschulen. Darüber standen die SED-Bezirksleitungen, welche wie die Kreisleitungen aus Mitgliedern, Kandidaten (Mitglieder ohne Stimmrecht) und Sekretären bestand. Der erste Sekretär der Bezirksleitung war außerdem Mitglied des Zentralkomitees der SED.

Das Zentralkomitee war zwischen den Parteitag das höchste Organ der Parteistruktur. Innerhalb des ZK wurde das Sekretariat gewählt, den verschiedenen Sekretären waren verschiedene Abteilungen zugewiesen. Der Generalsekretär hatte den Vorsitz im Politbüro, hier wurde die wichtigste Arbeit erledigt und über die zentralen politischen Kurse der DDR abgestimmt. Die hier getroffenen Beschlüsse wurden über die Minister, welche, wenn sie SED Mitglied waren, auch meist im Politbüro saßen, an die Ministerien zur Umsetzung weitergegeben.

3.4 Abweichung vom demokratischen Zentralismus

Bisher kann man feststellen, dass es in der DDR viele Möglichkeiten gab, mit denen die Bürger politisch mitbestimmen konnten. Sei es in Betrieben, Gewerkschaften oder den Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen. Die von der Leitung getroffenen Beschlüsse wurden stets im Kollektiv diskutiert, die Möglichkeit ihrer Umsetzung besprochen und kritisiert. Die Ergebnisse dieser Treffen wurden dann wieder zurück getragen und je nach Möglichkeit Änderung vorgenommen.

Zu Beginn einer Bewertung des demokratischen Zentralismus in der SED muss man einmal historisch feststellen, dass die SED aufgrund ihrer Gründung mittels Zwangsvereinigung von SPD und KPD keine wirklich gefestigte und ausdiskutierte Einheitsbasis innerhalb der Partei hatte. Je weiter man sich im historischen Verlauf auf das Ende der DDR zu bewegt, desto geringer wird die tatsächliche Beachtung des Mitspracherechts der Arbeiter zudem, das Gleiche gilt für die Rechenschaft der Parteiführung gegenüber den Massen. Aber auch durch die ganze DDR Geschichte ziehen sich immer wieder undemokratisches Handeln und Brüche mit dem demokratischen Zentralismus. Durch die immer weiter ansteigenden Staatsschulden in den 70er und 80er Jahren, war die DDR immer mehr auf z.B. größeren Export, aber auch auf die generelle Erfüllung des Wirtschaftsplans angewiesen, ohne dabei groß Rücksicht auf die Meinungen der Bevölkerung zu geben, welches bereits vorhandenes undemokratisches Handeln bei der Wirtschaftsplanung vorantrieb. Die Parteiführung begann immer autarker zu arbeiten und sich vom Volk zu entfernen, dementsprechende Rechenschaft nach unten fand ebenfalls kaum mehr statt. Die Forderung nach mehr Demokratie gegen Ende der 80er Jahre war dementsprechend nicht etwas eine stumpfe Ablehnung der letzten 40 Jahre im Sozialismus, sondern eine Reaktion auf die immer häufigeren Missachtung der sozialistischen Demokratie, welche die eigenen Bürger für einen großen Teil der Geschichte mitgestalten konnten. Zunehmende staatliche Repressionen spielten hier zwar auch eine Rolle, jedoch nur eine untergeordnete. Ebenfalls machte sich ein immer stärkerer Dogmatismus der Führung breit, welche trotz der noch vorhanden Widersprüche den Sozialismus als voll entwickelt verkündeten. In einem solchen Staat konnte es laut ihnen auch keine Nazis geben, weswegen sie, da die Realität natürlich anders aussah, nicht bekämpft wurden.

3.5 Staatliche Repressionen und die Staatssicherheit

Wenn wir über die DDR sprechen, müssen wir uns natürlich auch mit den staatlichen Repressionen und der Stasi auseinandersetzen. Als eines der vielen Ministerien war auch das Ministerium für

Staatssicherheit (MfS) der Parteiführung, genauer gesagt den Sekretären des ZK, untergeordnet und musste Weisungen von diesen annehmen. Meistens wurden die Sicherheitsfragen streng vertraulich zwischen Generalsekretär und Minister abgesprochen.

Kaum ein anderes Gebiet der DDR Geschichte wurde für die BRD Propaganda so zum Abschluss freigegeben, wie das MfS und seine Mitarbeiter. Das MfS umfasste insgesamt ca. 200 000 Mitarbeiter, davon waren etwa die Hälfte als hauptamtliche Mitarbeiter und die andere lediglich als inoffizielle Mitarbeiter tätig. Alleine durch diese Zahlen lässt sich schon widerlegen, dass in der DDR alles und jeder ständig überwacht wurde, denn bei mehr als 16 Millionen Einwohnern hätte jeder Mitarbeiter grob 80 Leute gleichzeitig bespitzeln müssen. Ein weiterer Punkt, der oftmals aufgezo-gen wird, ist das angeblich permanente und grausame Vorgehen des MfS gewesen. Hierbei geht es besonders um Folter und Mordaufträge. Wie lächerlich diese Vorwürfe anhand der tatsächlichen Beweis-lage sind, hat die Strafverfolgung der MfS-Mitarbeiter durch die BRD gezeigt. Denn von den 200.000 Mitarbeitern wurden insgesamt nur 251 angeklagt, von diesen wurden wiederum nur 87 verurteilt. Insgesamt mussten nur 3 der 87 Verurteilten eine Haftstrafe absitzen. In der Gedenkstätte des MfS-Gefängnis Hohenschönhausen wurden den Besuchern lange Zeit nachgestellte Folterkammern präsentiert, welche später wegen fehlender Beweise für deren tatsächliche Existenz wieder geschlossen wurden.

Die zwei größten staatlichen Repressionen der DDR stellen sicherlich die Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 und der Mauerbau 1961 dar. Beide haben gemeinsam, dass sie nicht über die SED, sondern über die UDSSR entschieden wurden. Am 17. Juni traten viele Werktätige nach der Arbeitsnormerhöhung in den Streik. Er verbreitete sich schnell und erreichte in kürzester Zeit beachtliche Größe. Der Westen versuchte diese Gelegenheit zu nutzen, in der Hoffnung, einen politischen Umsturz erzwingen zu können. Die Sowjetunion sah ihre Interessen stark bedroht, verhängte den Ausnahmezustand und ließ ihre Militärs auffahren. Sie schlugen mithilfe der Volkspolizei die Unruhen brutal nieder, wodurch ca. 35 Menschen starben. Ob der BRD dieser von außen gesteuerte politische Umsturz ohne das Eingreifen der UDSSR gelungen wäre, können wir nicht beurteilen. Die Bedrohungslage aus dem Westen war hier aber offensichtlich Grundlage für die nötige Repression gegenüber der eigenen Bevölkerung. Dennoch waren die Aufstände im Kern keine antikommunistischen, weshalb die spätere Propaganda, die dies behauptete, ein Beweis für die fehlende Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung war.

Die Entscheidung zum Bau der Berliner Mauer war ebenfalls eine, die über die Köpfe der SED Führung hinweg getroffen wurde. Dennoch war sie eine vermutlich unabdingbar für das Fortbestehen der DDR, die stark mit der Abwanderung durch Abwerbung und falsche Versprechungen aus dem Westen zu kämpfen hatte. Durch die Nachkriegszeit und die Reparationszahlungen war die DDR noch nicht in der Lage, die Lebensbedingungen maßgeblich zu verbessern. Dies schlägt sich auch in einem großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufschwung nach dem Mauerbau wieder. Die DDR konnte sich endlich auf ihre Innenpolitik konzentrieren.

Wir müssen die Stasi auch im historischen Kontext betrachten: man hatte einen Nachbarstaat, welcher die Souveränität der DDR nicht anerkannte und sich selbst als Vertreter aller Deutschen sah. Außerdem war man Trennlinie beider Machtblöcke des kalten Krieges, weswegen ein starker und präsenter Geheimdienst, der den sozialistischen Staat schützte, unabdingbar war. Dies soll nicht heißen, dass es nicht auch Übergriffe der Stasi gab, dennoch fiel die tatsächliche Präsenz und Skrupellosigkeit der Staatssicherheit weitaus geringer aus, als uns berichtet wird. Zu kritisieren ist die Stasi aber insbesondere bei der Nicht-Ausschaltung faschistischer Kräfte. Diese wurden als Rowdys abgetan und konnte sich mit Altnazis in Gefängnis prächtig radikalisieren. Besonders zum Ende der DDR waren die Aktivitäten des MfS oft Ausdruck der Kritikunfähigkeit der SED Parteiführung. Versagen auf dieser Ebene sollte oftmals vom MfS kompensiert und gelöst werden.

4. Bildungssystem und Jugendorganisationen

4.1 Einleitung

Das immense Niveau der DDR Bildung ermöglicht uns einige Einblicke dahingehend, dass Bildungsungleichheiten, wie wir sie heute zuhauf sehen können, nicht natürlich sind, auch wenn diese in moderner Pädagogik immer wieder auf die Kinder selbst geschoben werden. Hier wird wahlweise auf Anlagen, Herkunft oder Genetik verwiesen oder wie unsere Bildungsministerin nach dem letzten PISA-Schock betonte, auf die Eltern. Die DDR bezeichnete sich zurecht als Leseland. In der DDR lasen insbesondere Jugendliche bis 25 unglaublich gern und viel. Ihnen standen tausende Bibliotheken, das ständige Lesen von Ganzschriften der deutschen Literaturgeschichte in der Schule und tausende Kinderbücher zur Verfügung. Etwas, das wir uns heute nicht mehr vorstellen können.

All das wurde nach der Annexion abgeschafft, insbesondere die Einheitsschule. Doch man sieht, dass das heutige Bildungssystem weniger zielgerichtet ist, die Hochschulen überfüllt sind oder Menschen nach diesem jahrelang orientierungs- und arbeitslos bleiben. Das Schulsystem der DDR war sehr effektiv und bot jungen Menschen gute Entwicklungsmöglichkeiten. Die Bildung vermittelte solides Wissen in Theorie und Praxis und verband Schule mit den anderen Bereichen des Lebens. Viele können noch heute davon berichten, dass die Lehrer der DDR, die noch übrig sind, eine natürliche Autorität ausstrahlen und mit dieser Orientierung geben. Dass sie mit ihrem ganzheitlichen Verständnis der Welt Lernen viel nahbarer machen und mit ihrem meisten hohen Wissensschatz für ihre Fächer nachhaltiges Interesse wecken können. Das ist nicht nur individueller Eindruck, sondern bis heute messbar, insbesondere in den Schulleistungen der Naturwissenschaften im Osten.

4.2 Selbstverständnis Bildungswesen

Dem Bildungswesen generell, aber auch all ihren Einzelteilen wurde in der DDR viel Wertschätzung und Ansehen entgegengebracht. So gab es auch vom durchschnittlichen Schüler ein positiveres Verständnis von Schule, Lernen und Lehrern. Lehrer hatten in der sozialistischen Gesellschaft nicht nur die Aufgabe, reines Wissen zu vermitteln. Sie wurden neben den Eltern als die Erzieher einer neuen Generation angesehen, die nur sozialistische Verhältnisse kennt und damit neue Menschen werden können. Sozialistische Persönlichkeitsbildung war daher ein wichtiges Bildungsziel. Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 verkündete Walter Ulbricht die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“, die die Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral verkörpern sollten. Später fanden sie Aufnahme in das Parteiprogramm der SED. Aus dem Gesetz 1965 ist hierfür hervorzuheben: „Ein hohes Niveau der Bildung und des sozialistischen Verhaltens der Menschen beeinflusst entscheidend das Tempo des gesellschaftlichen Fortschritts... Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, das einheitliche sozialistische Bildungssystem zu schaffen. Es dient dem Wachsen und Werden allseitig gebildeter, das heißt sozialistisch bewußter, hochqualifizierter, gesunder, geistig und körperlich leistungsfähiger, kulturvoller Menschen, die fähig und bereit sind, die historischen Aufgaben unserer Zeit zu erfüllen.“ Das neue Gesetz sollte insbesondere: „die Schule noch enger mit dem Leben zu verbinden. Der Bildungsinhalt ist den neuesten Erkenntnissen von Wissenschaft, Technik und Kultur anzupassen. Eine lebensnahe, sozialistische Erziehung, in deren Zentrum die Erziehung zur Arbeit steht, ist zu gewährleisten. Die einzelnen Glieder des Bildungswesens sind inhaltlich und strukturell so zusammenzufügen, daß sie ein geschlossenes, in sich abgestimmtes Ganzes bilden.“

Um all das vermitteln zu können, mussten neben Polizei, Militär und Verwaltungen auch bei den Lehrkräften Massenentlassungen und neue Lehrerbildungsstätten durchgesetzt werden. Im Bildungswesen der SBZ führte die konsequente Entnazifizierung zu einem akuten Lehrermangel, da in der sowjetischen Zone von etwa 39.350 Lehrern ca. 28.180 Mitglieder der NSDAP gewesen waren, d.h. fast 72 Prozent, welche daher zunächst nicht mehr unterrichten durften. Um den Lehrbetrieb

überhaupt zu ermöglichen, musste zu Notlösungen gegriffen werden: Für das Schuljahr 1945/46 wurden 16.000 sog. Neulehrer eingestellt, die in Schnellkursen auf den Lehrerberuf vorbereitet wurden. Zum Schuljahr 1946/47 wurden 25.000 weitere Neulehrer eingestellt. Diesen Lehrauftrag nahmen viele DDR Lehrer sehr ernst, sie waren stark verunsichert, wie sie ohne dieses Selbstverständnis weiter lehren sollten. Tausende wurden nach der Annektion entlassen.

4.3 Aufbau des Schulsystems

In der DDR gab es ein zentralisiertes Bildungssystem. Von 1963-1989 war Margot Honecker die Volksbildungsministerin. Privatschulen gab es in der DDR kaum. Bestandteile waren dafür:

- die Einrichtungen der Vorschulerziehung,
 - die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule (Einheitsschule),
 - die Einrichtungen der Berufsausbildung,
 - die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen,
 - die Ingenieur- und Fachschulen,
 - die Universitäten und Hochschulen,
 - die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen.
- Die Sonderschuleinrichtungen nahmen Kinder mit physischen oder psychischen Schädigungen auf.

Außerdem wurden Musikschulen, Sportgymnasien, sowie Spezialklassen mathematischer, naturwissenschaftlicher und weiterer Richtungen eingerichtet. Mit 14 gingen die meisten an eine Berufsschule und erlernten dort einen Facharbeiterberuf. Jeder fünfte ging weiter an die Oberschule zur vierjährigen Vorbereitung des Abiturs. Mit 17/18 Jahren basaß jeder Jugendliche der DDR einen Beruf oder eine Befähigung zum Studium.

4.4 Klassenbewusstsein und die Aufwertung von praktischen Berufen

Die Schüler der DDR waren im Regelfall von der 1. bis zur 10. Klasse im gleichen Klassenverband. Das hatte auf das Sozialverhalten, Gruppenverhalten und Teamfähigkeit enorme Wirkung. Pädagogische Fachkräfte kannten ihre Schüler sehr viel besser und konnten Klassendynamiken besser verstehen und besser eingreifen. Mobbing wurde konsequenter angegangen und konnte besser bekämpft werden, als heute. Auch, weil ein viel größeres Augenmerk auf Zusammenhalt und Gemeinschaft gelegt wurde. Dieser wurde auch nach der Schule gefördert, indem Pionier- und FDJ-Arbeit fakultativ war, aber von den Schülern in großem Umfang besucht und mitgestaltet wurde. Die guten Schüler wurden darin gestärkt, die schwachen zu unterstützen. Das und der allgemein hohe Leistungsanspruch der DDR wird ihr oft zum Vorwurf gemacht. Jedoch muss man verstehen, dass Bildungsungleichheiten nicht naturalisiert wurden und man Schüler nicht einfach runterfallen lies. Lehrer bemühten sich um leistungsschwache Schüler und erstellten individuelle Lernpläne.

Es gab günstige Milch und für alle bezahlbares Mittagessen in der Schule. Es lernten außerdem alle in der Schule schwimmen. Der einzelne Schüler wurde zum politischen Menschen erzogen, er sollte sich gleich zu Beginn als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft verstehen, mit den dazugehörigen Rechten und Pflichten. Mithilfe einer ganzheitlichen und umfassenden Bildung sollte er lernen, kritisch zu denken und zu hinterfragen.

Nach dem Vorbild der Sowjetunion wurde das Bildungswesen in der DDR ab Mitte der 1950er Jahre „polytechnisiert“, um Schüler an industrielle Arbeit heranzuführen. Am 1. September 1958 wurde für alle Schüler ab der 7. Klasse ein wöchentlicher „Unterrichtstag in der Produktion“ (UTP) eingeführt. Ergänzt wurde der UTP 1959 um die Fächer „Einführung in die sozialistische Produktion“ und

„Technisches Zeichnen“. Darüber hinaus wurde am 1. September 1959 die zehnklassige, allgemeinbildende, polytechnische Oberschule zur Regelschule in der DDR. Zwischen 1960 und 1966 wurde mittels der „beruflichen Grundausbildung“ versucht, eine möglichst frühzeitige Berufsvorbereitung an den Oberschulen voranzutreiben, um so die Nachwuchslenkung stärker am Arbeitskräftebedarf zu orientieren. Der polytechnische Unterricht blieb ein wesentliches Element des Bildungssystems und machte mehr als 10 Prozent der Stunden an den polytechnischen Oberschulen aus. Schulzeit und Berufsanfang wurden so aufs engste verknüpft. Es fand eine massive Aufwertung der tragenden Berufe unserer Gesellschaft statt. In Kultur- und Wissenschaftskreisen wurde es Mode zu prahlen: „Unser Sohn wird Arbeiter.“

4.5 Arbeiter erobern die Intelligenz

Um die Intelligenz als von der Gesellschaft abgetrennte Sphäre aufzubrechen, mussten diese auch personell durchgerüttelt werden. Dafür wurden ab 1949 sogenannte Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) gegründet. Sie dienten zur Brechung des Bildungsprivilegs und waren Vorstudienanstalten zur Vorbereitung eines Hochschulstudiums für junge Arbeiter und Bauern und deren Kinder. 1962 gab es 10 ABF von denen 2.540 Studenten Arbeiter- und Bauernkinder waren. Von 1951 bis 1963 gelangten 33.729 Absolventen der ABF zum Hochschulstudium. Wesentlich später (um 1983) wurden Vorkurse speziell für Facharbeiter an Hochschulen und Universitäten der DDR eingerichtet, die befähigten Facharbeitern die Möglichkeit boten, eine fachgebundene Hochschulreife direkt an der Hochschule zu erwerben und anschließend dort zu studieren.

In allen Studieneinrichtungen gab es ein marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium. Anders als heute war die Teilnahme an allen Veranstaltungen des Studiums Pflicht. Warum auch sollte der Staat Millionen an Gelder in die Bildung seiner Bürger stecken, damit diese dann nicht wahrgenommen wird? Ein Jahr vor dem Abschluss des Studiums wurden mit den künftigen Absolventen Einsatzgespräche geführt. Sofern nicht vorher klar war, wo der spätere Arbeitsplatz sein würde, wurde dieser ermittelt. Dabei ging es um die Erfordernisse der Volkswirtschaft, nicht immer um die individuellen Wünsche. Da wurde ein Pädagoge schonmal auf sächsische Dorf geschickt. Dieser durfte nach drei Jahren Einsatz jedoch an einen Wunschort wechseln. Die Betriebe machten den Arbeitern jedoch häufig eine Menge Gründe, dort zu bleiben und so blieben viele.

Heute wird die Verschulung des Studiums in der DDR streng kritisiert. Die Rahmenbedingungen waren jedoch so gestaltet, dass sich die Studenten auf das Wesentliche konzentrieren konnten und nicht mit der Existenzsicherung beschäftigt waren. Auch die Stringenz der Ausbildung in einem festgelegten Zeitraum mit einer größeren Systematik in den Lehrinhalten, kann man wohl kaum als Nachteil sehen. Besonders, wenn man dies mit heutigen völlig ziel-, inhalts- und zusammenhangslosen Gesellschaftswissenschaften vergleicht. Ein sehr relevanter Punkt ist außerdem, dass nicht alle studieren konnten und auch nicht immer das was sie wollten. Und das ist richtig so. In allen Studienbereichen standen bestimmte Kontingente bereit. Diese Plätze wurden durch die Sektionsleitungen der Universitäten vergeben, in der Regel nach Aufnahmegesprächen. Wie heute gab es beliebte Modefächer, die überfüllt worden wären, wenn man diese nicht reguliert hätte. Warum sollte man massenweise Leute ausbilden, wenn man diese später nicht in der Praxis benötigt? Die Menschen, die heute fachfremd arbeiten oder akademische Arbeitslose sind, können dies bestätigen. Für einen Platz waren Notendurchschnitte relevant, nicht unwesentlich war die politische Einstellung und die gesellschaftlichen Aktivitäten. Sie sollten aktive Mitgestalter der Gesellschaft sein. Der Staat war sozialistisch, die zukünftigen Führungskader sollten sozialistisch denken und handeln können, zumindest forderte man Loyalität. Dass christliche Kinder nicht studieren durften ist ein Mythos, wie bspw. die Physikerin Angela Merkel beweist.

Exkurs: Bücherzerstörung nach der Annexion

Worüber kaum noch geredet wird, weil es wohl kaum etwas gibt was so plakativ zeigt, dass die Annexion der DDR keine Wiedervereinigung eines gemeinsamen Deutschlands war: die immense Bücher- und Wissenszerstörung der BRD an der DDR Literatur und Wissenschaft. Es wurden tonnenweise Bücher auf Müllhalden gekippt. Schätzungen zufolge sollen allein in den ersten Jahren 80 Millionen Bücher aus DDR Beständen entsorgt worden sein. Dabei wurden keineswegs nur sogenannte „staatstragende“ Literatur zerstört. Eine klare Feindmarkierung und ein klar faschistisches Handeln. Darüber hinaus wurden tausende Leseorte vernichtet, allein 3000 Bibliotheken. 1984 gab es im Land noch 32.000 Büchereien, in 97% der 730 Gemeinden gab es diese. Dieses Gemeindesystem wurde komplett zerstört, in Archive gestopft und entrümpelt. Auch an den Universitäten findet die Entrümpelung der Wissenschaften bis heute statt. Heute werden immer und überall, wo man versucht, an Literatur und Texte der DDR heranzukommen, diese als ideologisch, indoktrinierend, eintönig und als schlecht, weil sie von Arbeitern geschrieben wurde, abgewertet. Was man damit jedoch versucht zu verschleiern, ist die Vernichtung von 40 Jahren Kulturgutes des deutschen Volkes. Von 40 Jahren Lesen und Schreiben dem gemeinen Volk zugänglich machen. Von Wissenschaft, die dem Volke diente und in der ganzen Welt einen guten Ruf hatte. Von Werken, die wir nie wieder finden werden, die die Arbeiter- und Widerstandsgeschichte festhielten und für die Nachwelt zugänglich machten. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die BRD hier weitergemacht hat, wo die Nazis aufgehört haben. Zwar nicht bei der physischen Vernichtung der Kommunisten, aber bei der physischen Vernichtung von allem, was an die Errungenschaften und die Siege eines real existierenden sozialistischen Staates auf deutschen Boden erinnert. Mit dem Ziel zu vergessen, was möglich war und wieder möglich sein wird, wofür es sich lohnt zu kämpfen!

4.6 Massenorganisationen FDJ und Pioniere

Die Pioniere war eine Massenorganisation für Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren, welche der Freien Deutschen Jugend (FDJ) angegliedert war. Pioniere in den Klassen 1 bis 3 hießen „Jungpioniere“, Pioniere der Klassen 4 bis 7 „Thälmann-Pioniere“. Die wesentliche Funktion der Pionierorganisation war die Vermittlung von Botschaften, wie sie in den „Zehn Geboten der Jungpioniere“ und den „Gesetzen der Thälmann-Pioniere“ zum Ausdruck kamen (z.B. „Freundschaft mit der Sowjetunion“, „Schutz des Friedens“ und „Hass gegen die Kriegstreiber“). Die Mitgliedschaft war freiwillig, jedoch waren die Gruppen als Schulklassen organisiert. So beantragten die Schulen gewöhnlich die Aufnahme einer gesamten Klasse. Die allermeisten Kinder im Alter zwischen 6 und 13 Jahren waren freiwillig und gern Mitglied der Pioniere. Dort lernten sie, sich demokratisch (Vorsitzender, Agitator, Kassierer etc) zu organisieren. Die Pioniere machten ihre Hausaufgaben zusammen, ihnen stand ein vielfältiges Freizeitangebot, wie ein Kinobesuch, ein Bastelnachmittag, Wettkämpfe, Chor oder auch politische Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) hatte sich 1949 zunächst als unabhängige und unparteiliche Jugendmassenorganisation gegründet, bekam jedoch 1959 ein neues Statut, in dem sie sich zum Mitaufbau des sozialistischen Staates bekannten. Sie stellt ihre praktischen Tätigkeiten in der Erziehung, Bildung und Freizeitgestaltung von Jugendlichen in den Dienst des Sozialismus. „Brüderlich verbunden mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der größten Massenorganisation der Arbeiter in der Deutschen Demokratischen Republik, entwickelt die Freie Deutsche Jugend das Klassenbewußtsein der Arbeiterjugend in Stadt und Land, damit sie ihrer Verantwortung als Kern unseres sozialistischen Jugendverbandes gerecht wird.“ Ab der 8. Klasse wurde man FDJler. Auch diese Gruppen waren identisch mit den Schulklassen, was weiterging in der Berufsschule und den Betrieben. Sie gestalteten gemeinsam ihr gesellschaftliches und politisches Leben und übernahmen teils besondere Verantwortungen in der Planerfüllung.

5. Frauenbefreiung und Familienpolitik

5.1. Einleitung

Heute beeinflussen Existenzängste maßgeblich die Lebensgestaltung von Frauen. Wir sind oft in prekären Arbeitsverhältnissen gefangen, uns wird Lifestyle Teilzeit zum Vorwurf gemacht und wir würden neben all dem Geacker auch noch zu wenig Kinder bekommen, während wir finanziell an unsere Partner gebunden sind, weil wir uns eine Trennung nicht leisten können. Es gab mal ein Land, in dem das nicht so war, darüber können uns unsere Mütter und Großmütter noch berichten. Deshalb sollten insbesondere wir Frauen unseren Blick in die DDR werfen.

In der DDR hat es kein Gegender gebraucht, um Frauen miteinzuschließen, weil Frauen reeller Teil des gesellschaftlichen, politischen und beruflichen Lebens waren. Es musste nicht sprachlich betont werden, dass es Ärztinnen, Bauingenieurinnen oder Metallerrinnen gab, weil das schon Realität war. Es ist völlig absurd, dass Westfrauen, Ostfrauen in den 90ern erklären wollten, dass nun politisch korrekte Sprache ihre emanzipatorische Perspektive werden sollte, während diese gut ausgebildeten Ostfrauen arbeitslos gemacht wurden oder nun massenhaft als Reinigungskräfte herhalten mussten.

1993 sind mit 64,1% fast zwei Drittel aller Arbeitslosen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR Frauen, erschreckende 84% der Langzeitarbeitslosen sind Frauen. Besonders hart trifft es ältere Frauen und Frauen, die kleine Kinder versorgen müssen. Mit der Eingliederung in den Kapitalismus zerfallen die sozialen Strukturen der DDR und Kinder werden wieder zu Behinderung und Kostenfaktor herabgesetzt. Während Arbeitslosigkeit in westlichen Staaten zwar gesellschaftlich geächtet, aber in keinster Weise selten ist, hätte es insbesondere für die Töchter der DDR kaum eine schlimmere Demütigung geben können. In der DDR war die Entfremdung zur Arbeit zwar nicht aufgelöst, jedoch war deutlich klarer, welche Bedeutung jeder Einzelne durch seine Arbeitskraft beiträgt. Jeder, auch Frauen, die nicht nur als Zuverdiener eingeplant wurden, sondern feste Vollzeitkräfte in produktiven und reproduktiven Berufen waren, wusste, dass es nur lief, wenn man seinen Teil zum Großen und Ganzen ablieferte. Man(n) war stolz auf diesen Beitrag, weil man wusste, dass man keinem Bonzen seinen Porsche in einem Bürojob abbezahlt, den keiner braucht.

Kein Teil dieses Ganzen zu sein, war ein Ausschluss aus der Gesellschaft. Dieser war Frauen aus der BRD nicht unbekannt (2008 waren 43% der Alleinerziehenden in der BRD Hartz IV Empfänger). So waren Frauen in der BRD nur dann für den Arbeitsmarkt freigegeben, wenn die Versorgung der Kinder gewährleistet war, lange brauchten sie hierfür die Erlaubnis von ihrem Ehemann, danach vom Staat selber (Arbeitsförderungsgesetz). Da diese Versorgung von nun an nicht mehr vom Staat geplant werden sollte, musste massig weibliche Arbeitskraft freigesetzt werden. So wurde den Ostfrauen 40 Jahre Ausbildung, Anerkennung und Einarbeitung in den Arbeitsmarkt genommen.

Der damalige vom Westen eingesetzte CDU-Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (1990-2002), brachte es wirklich fertig, den von seiner Partei veranstalteten Massenraub am deutsch-demokratischen Proletariat, der sich in einer Massenarbeitslosigkeit in Sachsen äußerte, auf Frauen zu schieben. Diese seien aufgrund ihrer „überhöhten Erwerbsneigung“ dafür verantwortlich, dass es keine Arbeitsplätze gäbe. Dass Frauen mit der Wende schmerzhaft in die Rolle der unbezahlten Reproduktionskraft gepresst werden mussten, ist eines der Beispiele für die immensen Fortschritte der Frauenbefreiung im sozialistischen Deutschland.

5.2 Arbeitswelt

Werktätige Frauen in der DDR:
1949 40%

1953 60%
1969 78%
1975 86,5%
1988 91%

Am 29.01.1952 gründen Arbeiterinnen der Elbe-Werft Boizenburg den ersten Betriebsfrauenausschuss der DDR. Ein Jahr später bestanden bereits 4185 solcher Ausschüsse in Industrie und Landwirtschaft, bis 1962 sind es 20.000. Sie konnten den Betriebs- und Gewerkschaftsleitungen Vorschläge zur Förderung und Qualifizierung von Frauen machen und so Kontrolle ausüben, weil die Kader in den Betrieben angehalten waren „die Frauenausschüsse in ihrer Tätigkeit allseitig zu unterstützen“. Generell bestand ein reger Austausch zwischen Staat und werktätigen Frauen. 1957 wird ein „Programm über Maßnahmen zur Entlastung der werktätigen Frauen durch den sozialistischen Handel“ verabschiedet. Hierunter fallen Selbstbedienungsläden, Betriebskaufsstellen, sowie Ladenöffnungszeiten, die an Schichtdienste angepasst werden.

Des Weiteren gab es in allen größeren Betrieben sogenannte Frauenruheräume, in denen sich beispielsweise während der Periode zurückgezogen werden konnte. Auch war es nicht mehr notwendig, dass die Frauen ihren Mann nach der Arbeit mit einem warmen Essen empfangen. Es gab überall Betriebskantinen, die subventioniertes Essen, meist mit zwei Auswahlmöglichkeiten, für alle anboten. Solche Maßnahmen waren Ergebnisse eines realen und gewissenhaften Dialogs zwischen Arbeiterinnen und Staat.

Es gab verschiedene staatliche Programme und Offensiven, um Frauen den Arbeitsmarkt zu eröffnen. Gestartet mit der Hausfrauenbrigade in den 50ern, geht es z.B. mit dem Frauensonderstudium darum, Frauen für technische und ökonomische Berufe zu qualifizieren, nicht mehr nur Frauen auf biegen und brechen als ungelernte Arbeitskräfte einzustellen, sondern sie zu Facharbeiterinnen zu qualifizieren. Auch werden konkrete Frauenförderpläne in den Betrieben institutionalisiert. So wurde jeder einzelne Betrieb in die Verantwortung genommen und musste Rechenschaft über seine Mitwirkung in der Etablierung von Fraueneinarbeitung und -weiterbildung ablegen. Sie war konkrete Personalplanungsaufgabe. 1969 sind 34% der Richterstellen mit Frauen besetzt, im Lehrberuf waren es über 50%, 41% der Arbeiter in der Industrie waren weiblich, im Handel und der Post waren es zwei Drittel und in der Landwirtschaft kapp 50%, nur im Bau waren es nur knapp 12%. 1971 wird für 800.000 Mütter eine Arbeitszeitverkürzung wirksam, Schichtarbeiterinnen mit zwei oder mehr Kindern können bei vollem Lohn von 43,75 Stunden auf 40 Stunden runtergehen. Alle anderen Mütter können dies ab 3 Kindern. An die meisten Betriebe waren außerdem Betriebskitas angeschlossen, zu denen die Kinder direkt auf dem Arbeitsweg hingebacht werden konnten. Auch boten die Betriebe Erholungsstätten wie Betriebsferienlager an, auf die Familien sich anmelden konnten. Diese waren quasi in dauerhafter Benutzung.

Um zu verstehen, wie die Integration in den Arbeitsmarkt stattfinden konnte, werden im Folgenden Bausteine untersucht, die ebenfalls als Selbstzweck einen Teil der Frauenbefreiung darstellen. Es wird untersucht, wie Frauenpolitik und wie der geplante, staatliche Reproduktionsapparat aufgebaut war und schließlich Maßnahmen in der Frauengesundheit betrachtet.

5.3 Frauenorgane, Massenorganisationen, Verfassungsrecht

Frauenpolitik war durch Institutionen und Organe in den Staat eingebaut. Besonders relevant sind das Frauensekretariat der SED, die Massenorganisation DFD, die DFD Fraktion in der Volkskammer und Frauenkommissionen in den Betrieben. Anders, als in einer bürgerlichen Demokratie, beschränkte man sich im Aufbau nicht auf grobe Rechtsansprüche. In der DDR wurden Gesetzestexte immer mit Maßnahmen kombiniert, sodass diese nie nur auf dem Papier existierten.

Es gab es in der DDR keine „Frauenrevolution“. Zetkin, Bebel und Kollontai hatten klar genug gemacht, dass Frauenbefreiung in aller erster Linie eine ökonomische Befreiung ist. Beim Aufbau dieser in der sowjetischen Besatzungszone, waren es von Anfang an auch Kommunistinnen, die sie vorantrieben. Schon ab dem 30.10.1945 wurden antifaschistische Frauenausschüsse in die Stadtverwaltungen miteinbezogen. Unter der Aufsicht der Sowjetunion wurde hier durchaus nachgeholfen. So erging am 17.08.1946 der Befehl der gleichen Entlohnung unabhängig von Geschlecht und Alter. 1947 resultierte aus den antifaschistischen Frauenkomitees der DFD, der später als Massenorganisation in der Volkskammer vertreten war. Die Gründungsfrauen des DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschland) waren ehemalige Widerstandskämpferinnen, wie die Leipzigerinnen Änne Hoppe und Käte Selbmann oder KZ-Überlebende Kommunistinnen. Die Notwendigkeiten ihrer Zeit erlaubten ihnen keine Pause zwischen Vefolgung, Verlusten von Ehemännern und Genossinnen, KZ-Haft und dem Neuaufbau. Sie standen vor der Aufgabe, nun die Massen, die sich noch wenige Jahre zuvor weder mit ihnen, noch mit den verfolgten Juden, Sinti und Roma solidarisiert hatten, anzuleiten und zu neuen Menschen zu erziehen. In die neue Generation steckten sie daher ihre ganze Hoffnung.

Es ist wichtig zu betonen, dass soziale Veränderungen für Frauen zunächst nur unter dem Schutz der Sowjetunion geschehen konnten. Dies ist jedoch völlig logisch, immerhin hatte das deutsche Proletariat nicht einfach über Nacht 12 Jahre nationalsozialistische Ideologie, PTBS und patriarchale Gewalt aus dem Krieg vergessen. Die Westalliierten sprachen hierbei von Reeducation, die Sowjetmacht von antifaschistisch-demokratischer Umgestaltung. Der wichtige Unterschied beider Ansätze: In der SBZ wurde dem Zusammenhang zwischen Faschismus, Kapitalismus und imperialistischem Krieg in Theorie (kollektivem Bewusstsein) und Praxis (Enteignung und Verstaatlichung der Monopolkapitalisten) folgerichtig die Wurzel entrissen. Nichtsdestotrotz entstanden die ersten Schritte der Frauenbefreiung in Zusammenarbeit mit den sich im Aufbau befindlichen, demokratisch-antifaschistischen Institutionen, die ihre Eigenständigkeit so immer weiter lernen konnten. Zeitgleich entstanden die ersten Aufbauprojekte einer neuen Gerichtsbarkeit, an der Hilde Benjamin, die spätere Justizministerin, maßgeblich beteiligt war.

„Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“ So heißt es in Artikel 7 der 1949 verabschiedeten Verfassung der DDR. Verbessert hatte sich damit jedoch ersteinmal nichts, was man daran merkt, dass die BRD sich einen ähnlichen Artikel ins Grundgesetz schrieb. Die Verbesserungen lassen sich an anderen Stellen ausmachen. Der provisorischen Volkskammer gehörten 1949 schon 17% Frauen an. Bei der ersten Wahl 1950 wurden 111 Frauen in die Volkskammer gewählt, bereits 23,8 % Frauenanteil. Es ist bereits zu diesem frühen Zeitpunkt üblich, dass Männer als Agitatoren für die Frauenbefreiung auftreten. DDR- Ministerpräsident Otto Grotewohl äußerte zur Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozess: „Man kann der Frau nichts Unwürdigeres zumuten, als das unbezahlte Dienstmädchen des Mannes zu sein“. 1950 wurden im Zuge der ersten staatlichen Begehung des Internationalen Frauentages zahlreiche Orte und Straßen nach Clara Zetkin benannt. Der DFD hatte da bereits über eine halbe Millionen Mitglieder.

1964 wird die DDR das erste Land der Welt, welches organisierte Frauenforschung betreibt. Ein interdisziplinäres Gremium soll den Stand der Gleichberechtigung wissenschaftlich erforschen, beobachten und Vorschläge für weitere gesellschaftliche Förderung einreichen. 1969 trifft sich der DFD mit 1000 Delegierten für die Auswertung von 20 Jahren sozialistischer Frauenpolitik. Dieser hat mittlerweile 1,3 Millionen Mitglieder. Neben einigen Forderungen ist man jedoch in erster Linie stolz auf das bisher Erreichte. Mittlerweile sitzen in der Volkskammer zu 30,6% Frauen. In der BRD sitzen zu diesem Zeitpunkt 41 Frauen im Bundestag, das sind von 518 Abgeordneten gerade mal 7,9%. Nur das Politbüro und ZK bleibt bis zum Ende der DDR mehrheitlich männlich besetzt. In den 80er Jahren findet Frauenpolitik vermehrt als außerstaatliche Politik statt.

5.4 Reproduktionsapparat statt unbezahlte Frauenarbeit

Schon 1950 wurde für die Ehe der DDR festgelegt, dass diese keinerlei Einschränkung für die Frau zur Folge haben dürfe. Außerdem wurden Maßnahmen zur Sicherung des Rechts auf Arbeit für Frauen getroffen. Arbeit war für die 91% der Frauen, die in der DDR werktätig waren, reale Unabhängigkeit. So wurde in der DDR in den 80er Jahren fast jede zweite Ehe geschieden, womit die DDR im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens die höchste Scheidungsquote der Welt vorzuweisen hatte. Frauen hatten durch ihre Position in Gesellschaft und Arbeit die reale Möglichkeit, sich aus diesen Beziehungen zu lösen. Eben auch, weil es immer noch gewalttätige Partner im sozialistischen Deutschland gab, ca. jede vierte Scheidung ging auf Gewalterfahrungen zurück.

Auf die Ehe an sich wurde bemerkenswert progressiv geschaut. So heißt es im Familiengesetzbuch von 1965: „Sie [die Ehe] verpflichtet die Ehegatten, ihre Beziehung zueinander so zu gestalten, dass beide das Recht auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten zum eigenen und gesellschaftlichen Nutzen voll wahrnehmen können. Sie erfordert zugleich, die Persönlichkeit des anderen zu respektieren und ihn bei der Entwicklung seiner Fähigkeiten zu unterstützen“. Hinderte ein Ehemann seine Frau daran, einen neuen Karriereweg einzuschlagen, zählte das vor Gericht als Ehebruch und war ein schwerwiegender Grund für die Scheidung. Wohlbemerkt wurde in der BRD erst 1977 das Schuldprinzip, welches häufig zulasten der Frau ausgelegt wurde, abgeschafft. Bis heute müssen Frauen, wenn das Gericht keine schwerwiegenden Gründe anerkennt oder glaubt, ein Scheidungsjahr über sich ergehen lassen. Selten waren Scheidungen begleitet von entwürdigenden Streitereien um Unterhaltszahlungen, da Frauen sich selbst finanzierten.

Es darf nicht unterschätzt werden, welchen Druck die Fortschritte der Frauenbewegung auf die BRD einprasselten. In der Geschichtsschreibung der westdeutschen Frauenbewegung wird häufig vergessen zu erwähnen, dass der realsozialistische Nachbar der Bewegung ein Steigbügelhalter war. So war es oft das gleiche Prozedere, mit dem BRD wenige Jahre später ihren Frauen ähnliche Rechte einsetzen musste. So war es auch beim „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ von 1950, dass erst 1958 in Form des Gleichberechtigungsgesetzes in die BRD Gesetzesbücher Einzug erhielt.

Das Gesetz sicherte die finanzielle Lage von Müttern ab und förderte Frauen, die besonders viele Kinder zur Welt brachten. Außerdem schrieb es gleiche Rechte für uneheliche Kinder fest, entlastete Alleinerziehende aber vor allem materiell. Im zweiten Teil des Gesetzes ging es um den Aufbau einer umfassenden medizinischen Versorgung für Frau und Kind. So wurde der Bau von 15 Kinderpolikliniken in Großstädten und Industriezentren beschlossen, sowie Kinderabteilungen mit insgesamt 1000 Betten in den im Bau befindlichen neuen Krankenhäusern und Kinderheime für Kleinkinder mit insgesamt 60.000 Plätzen beschlossen. Zusätzlich sollten sich in jedem Kreis nicht weniger als 3 Mütter- und Kinderberatungsstellen befinden. Auch keine Kosten und Mühen gespart wurden in der Vereinbarkeit von Job und Familie für Frauen. So war für die nächsten 5 Jahre der Bau von Kinderkrippen mit 40.000 Plätzen und Kindertagesstätten mit 160.000 Plätzen vorgesehen. Zur Entlastung der Frau als Hausfrau wurden kommunale Dienstleistungseinrichtungen erreicht. 1953 wurden dort 9299 Tonnen Haushaltswäsche gewaschen.

Auch ideologisch gab es Kampagnen, dem Patriarchat den Kampf anzusagen. „Hilfst du deiner Frau in der Hauswirtschaft?, Sorgst du dafür, dass sich deine Frau weiterbildet, in ihrem Beruf vorankommt und am gesellschaftlichen Leben teilnimmt?“, fragte die Junge Welt 1955. Der Spiegel skandalisierte das und die hohen Scheidungsquoten der DDR regelmäßig. In der BRD wird es noch Jahrzehnte dauern, so eine Frage in einer auflagenhohen Zeitung zu finden. 1968 gibt Helga Hörz ein Interview für die DDR-Frauenzeitschrift „Für Dich“. Es geht um die „Natur der Frau“. Sie betont, dass es keinen wissenschaftlichen Beweis für die Existenz „ewigweiblicher“ Eigenschaften gebe. Ein Stand der Wissenschaft, hinter den die feministische Bewegung wieder zurückfallen wird.

Es ist keine Emanzipation, dass Frauen heute kaum Kinder bekommen möchten und viel weniger eine individuell getroffene Entscheidung, als wir oft denken. Besonders drastisch zeigt das der Sterilisierungsanstieg nach der Annexion. 1989 wurde beispielsweise an der Medizinischen Akademie Magdeburg an acht Frauen ein solcher Eingriff vorgenommen, 1991 waren es 1.200. Auch in Ost-Berlin stieg die Sterilisierungsquote um das 70-fache. Mit der Annexion wurde den Ostfrauen ihre erkämpfte, körperliche Selbstbestimmung (Zugang zu Abtreibung) genommen. Vollkommen logisch, dass sich so viele Frauen dazu verdonnert sahen, sich sterilisieren zu lassen, um unter der kapitalistischen Logik nicht wieder zur Geburtenmaschine reduziert zu werden.

5.5 Frauengesundheit

In der DDR wurde auch die Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung von Kindern immer mehr in staatliche Hand genommen und somit in erster Linie von den Schultern der Mütter genommen. Der generelle Anteil an Kinderärzten, Kinderzahnärzten usw. war deutlich höher, als in der BRD. Jede Kinderkrippe und jeder Kindergarten wurde wöchentlich von der zuständigen Ärztin besucht. In dem Rahmen wurden Pflichtimpfungen gegeben und es konnten frühzeitig Entwicklungsrückstände oder Erkrankungen erkannt und in direkter Zusammenarbeit mit Erziehern und Eltern angegangen werden. Mütter mussten sich auch nicht wochenlang durch verschiedene Fachärzte durchklingeln, um Termine für ihre Kinder auszumachen. In Polikliniken waren diese meist im gleichen Gebäude untergebracht und konnten meist direkt im Anschluss besucht werden.

1972 wurde in der DDR die Fristenlösung ohne Pflichtberatung und Rechtfertigungszwang beschlossen. Frauen durften innerhalb der ersten 12 Wochen ohne jede Bedingung und finanzielle Beteiligung ihre Schwangerschaften beenden. Das wurde in Krankenhäusern durchgeführt und Patientinnen erhielten in dieser Zeit Krankengeld. Der Weg dahin war lang. Außerdem war es eine der wenigen Etappen der Frauenbefreiung, die eher vom Westen bedingt war. Dort wurde Anfang der 70er die Debatte um ein Ende von §218 erneut entfacht und es war ein nicht unbedeutender Faktor, dass die DDR diesen Paragraphen nicht nach der BRD kippen wollte. Der größte Faktor gegen die Aufhebung war, dass dieser nicht massentauglich war, weil er nicht die öffentliche Meinung wiedergab. Es wurde durch eine Spiegelrecherche bekannt, dass es bereits lange vor 1972 eine geheime Weisung des DDR-Gesundheitsministeriums an die Chefs der öffentlichen Krankenhäuser gab. Damit wurden Abtreibungen unter bestimmten Bedingungen gestattet. Frauen unter 16 und über 40, besonders kinderreiche Frauen, aber auch Frauen, die vergewaltigt wurden, sowie Föten, die eine schwere Behinderung aufwiesen, zählten hier runter. Mit dem Gesetzesentwurf 1972 kamen trotzdem viele nicht zurecht, einige Gynäkologen gingen deswegen in den Westen. Die Streichung von §218 wurde im Westen dann doch vom Bundesverfassungsgericht kassiert, da Abtreibungen gegen die Würde des Menschen verstoßen würden. Eine Fristenlösung, wie wir sie heute kennen, gab es für westdeutsche Frauen erst 1993, also knapp 20 Jahre nach der der DDR.

Trotz dieser extrem zugänglichen und kostenfreien Abtreibungsmöglichkeiten und kostenloser Antibabypille hatte die DDR die höchste Geburtenziffer, die im letzten Vierteljahrhundert in Deutschland registriert wurde. 1980 kamen auf jede Frau fast 2 Kinder. Zum einen gibt es ab 1972 vermehrte Förderungsprogramme und Anreize (z.B. schneller Wohnung) für junge Paare. Es ist auch Produkt einer bemerkenswerten Frauenmedizin. Es gab 900 Beratungsstellen für Schwangere, die von 90% der Schwangeren regelmäßig genutzt wurde. 10.000 Mutterberatungsstellen führten jährlich rund 3 Millionen Konsultationen durch. Diese Betreuung, sowie das Einführen von Pflichtschutzimpfungen, half, die Säuglingssterblichkeit von 1970 18,5% auf 9,6% bis 1985 zu senken. Im Zuge der Annexion sank die Geburtenquote um 60%. Der existenzielle Schock, der die Ex-DDR traf, ist mit dem Geburtenrückgang nach dem 1. Weltkrieg zu vergleichen. Die Auswirkungen hiervon sind bis heute spürbar.

6. Sozialer Wohnungsbau und Städteplanung in der DDR

6.1. Einführung

In der BRD sind aktuell 1,03 Millionen Menschen wohnungslos, 50.000 – 60.000 davon werden in den staatlichen Statistiken als „obdachlos“ geführt. Allerdings kommt etwa die Hälfte der eine Million Wohnungslosen nicht bei Freunden oder Familie unter, sondern gilt als „untergebracht“, lebt also in überlasteten Wohneinrichtungen bzw. Sammelunterkünften für Wohnungslose, von denen der Weg in die staatlich anerkannte Obdachlosigkeit (also auf die Straße) ausgesprochen kurz ist. Eine der größten Errungenschaften der DDR – Planwirtschaft war eine Wohnungspolitik, die dafür sorgte dass ihre Bürger solche Verhältnisse nicht kannten. Die erste Konfrontation mit „Lebens“- Verhältnissen wie am Berliner Bahnhof Zoo war für sie nach der Annexion ein derartig traumatisierendes Erlebnis, dass der Eindruck bei vielen bis heute nachhallt. Im Gegensatz zum Grundgesetz der BRD, dass das Grundrecht auf Wohnen genauso wenig kennt, wie ein Recht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung, war die Unterbringung der Menschen in angemessenem Wohnraum seit der Gründung 1949 in der Verfassung ausgegebenes Staatsziel der DDR, wie in Artikel 37 der Verfassung (1968) ausformuliert:

„1. Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen. Der Staat ist verpflichtet, dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung vorhandenen Wohnraums und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraums zu verwirklichen.

2. Es besteht Rechtsschutz bei Kündigungen.

3. Jeder Bürger hat das Recht auf Unverletzbarkeit seiner Wohnung.“

Wie dieses Grundrecht im ostdeutschen Sozialismus praktisch umgesetzt wurde, soll im Folgenden erläutert werden.

6.2. Historische Ausgangslage

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren auf dem Gebiet der heutigen BRD knapp 5 Millionen Wohnungen komplett zerstört, insgesamt etwa 13 Millionen Menschen obdachlos. Dabei gab es natürlich erhebliche regionale Unterschiede, mit einigen weitgehend vom Krieg verschonten Gebieten, und anderen, in denen Flächenbombardements der Alliierten bis zu 90% der Wohneinheiten ausradiert hatten.

Als sich die KPD im Jahre 1946 unter alliierter Besatzung neu gründete, war die Wohnungsfrage daher einer der zentralen Diskussionspunkte beim Gründungskongress. Mit dem politischen Selbstbewusstsein einer Bewegung, die sich nach dem sowjetischen Sieg an der Ostfront viel eher als internationalistisch- kommunistische Sieger des Krieges, denn als deutsch- nationale Unterlegene begriff, formulierte die KPD noch beim Kongress ein Wohnungsbauprogramm für Gesamtdeutschland. Versehen mit zahlreichen Verweisen auf Engels' Artikel „Zur Wohnungsfrage“ sah dieser erste Plan u.a. die Vergesellschaftung von Wohnraum, sowie die staatliche Planung und Lenkung bei Neubau, Instandhaltung und Verteilung dieses Wohnraumes vor. Mit Engels erklärte das Programm, die finale Lösung der Wohnungsfrage und eine würdige Unterkunft für die Arbeiterklasse lasse sich nur schaffen, wenn die Wohnung aufhöre zur marktwirtschaftlichen Ware zu werden und stattdessen in sozialistisches Gemeingut umgewandelt würde.

6.3. Aufbaupolitik der DDR nach dem Weltkrieg

Als Nachfolgepartei der KPD in Ostdeutschland wurde das Programm des KPD – Kongresses zur Blaupause für die Wohnungspolitik der SED in der frisch gegründeten DDR. Das *„Recht auf eine gesunde, den eigenen Bedürfnissen entsprechende Wohnung“* wurde schon in die erste Verfassung von 1949 aufgenommen. 1950 trat das sogenannte Aufbaugesetz in Kraft, das den Aufgabenbereich des Ministeriums für Aufbau (1958 umbenannt in Ministerium für Bauwesen) juristisch umrahmte. Dieses überaus umfassende Gesetz legte u.a. fest, dass grundlegende städtische Funktionen (Verwaltung, Bildung, Kultur, etc.) sowie kritische Infrastruktur und Industrie vom Ministerium zentral geplant werden sollten, alles andere auf Grundlage von kommunalen Bebauungsplänen. Sowohl bei der zentralisierten, als auch bei der kommunalen Planung, wurde der aktive Einbezug der von den Baumaßnahmen betroffenen Bevölkerung in die Planungsprozesse als unbedingte Notwendigkeit vorausgesetzt. Schon zu Beginn der 1950er gründeten sich dafür Bürgerkommissionen in den Wohngebieten, die bis zur Annexion wichtige lokalpolitische, aber auch soziale Funktionen übernahmen – dazu später mehr.

Darüber hinaus von Bedeutung war der §14 des Aufbaugesetzes, der festlegte, dass das Ministerium ganze Städte und Gemeinden zu „Aufbaugebieten“ erklären konnte, wodurch sämtlicher Grund- und Immobilienbesitz in diesem Gebiet automatisch enteignet und die Eigentümer entschädigt wurden. In der multiplen Krisensituation der direkten Nachkriegszeit blieb der Aufbau allerdings weit hinter den anvisierten Zielen zurück. Gründe dafür waren v.a. Mangel an Baumaschinen und Rohstoffen, durch die Kriegsverluste bedingter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, allerdings auch die nicht vorhandenen Erfahrungswerte im planwirtschaftlichen Wiederaufbau unter deutschen Verhältnissen. Bis 1955 gelang es daher lediglich 30.000 neue Wohnungen jährlich fertigzustellen.

Der von bürgerlichen Historikern gern bemühte Vergleich mit dem schneller voranschreitenden Aufbau im Westen hinkt dennoch extrem: Während in der BRD Volkswirtschaft und Bausubstanz mit US – Milliarden (Marshallplan) aufgepöppelt wurden und man sich im Kontext des Kalten Krieges früh jeglicher Reparationen an die UdSSR verweigerte, trug die ebenfalls in Trümmern liegende DDR die alleinige Last dieser Reparationen, die die Sowjetunion maßgeblich in den eigenen Wiederaufbau investierte, was entsprechende Ressourcen in Ostdeutschland zusätzlich verknappte. Dank breiter gesellschaftlicher Beteiligung am Aufbauwerk der Nationalen Front konnten allerdings auch Großprojekte wie die „Arbeiterpaläste“ an der Stalinallee in Ostberlin durch die maßgebliche Beteiligung hunderter Freiwilliger an Planung und Bau in dieser Phase der historischen Herausforderungen umgesetzt werden.

6.4. Eigentumsverhältnisse

Gerade im Verhältnis zu anderen Bereichen wie Gesundheitswesen oder Infrastruktur, wurde in der DDR nur relativ wenig Wohnraum komplett verstaatlicht. Noch bis 1989 blieben etwa 40% der Häuser und Wohnungen Privatbesitz, zumindest was die offiziellen Eigentumstitel angeht. Doch diese Verhältnisse wurden bewusst toleriert, da es bürokratisch ungleich einfacher war, durch strikte staatliche Regulierung von Mietpreisen, Wohnungsverteilung und umfassenden Mieterrechten (u.a. Verbot der Kündigung von Mietverträgen) dafür zu sorgen, dass bis auf die formellen Eigentumstitel de facto kaum Entscheidungsgewalt und somit auch keine Bereicherungsmöglichkeit mit diesem Eigentum einherging.

Nahezu vollständig verstaatlicht war allerdings das Bauwesen der DDR. Dieses unterstand dem Ministerium für Bauwesen, welches wiederum verpflichtet war, die Vorgaben der Staatlichen Planungskommission umzusetzen. Dank dieser Zentralisierung lagen Bedarfsermittlung, Materialversorgung und natürlich der Bau selbst in einer Hand und Bauvorhaben konnten viel schneller und koordinierter durchgeführt werden als bisher. An Planung und Bedarfsermittlung waren

Kommissionen der jeweils betroffenen Bürger maßgeblich beteiligt, was bedeutete, dass v.a. bis in die 1970er Jahre der demokratische Zentralismus im staatlich geplanten Wohnungsaufbau mit produktiven Ergebnissen umgesetzt werden konnte.

Eine weitere Form des Wohneigentums schufen die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG), die nicht bloß eine Rechtsform darstellten, sondern auch ein Instrument der politischen Masseninitiative waren. Die Mitgliedschaft in diesen AWG war gefragt. Um aufgenommen zu werden, mussten potentielle Neumitglieder daher neben ihrem Wohnungsbedarf auch ihre aktive soziale wie politische Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der DDR, sowie außergewöhnliche Arbeitsleistungen im Betrieb nachweisen können. Die Baugenossen zahlten ihren festgelegten Beitrag und leisteten den Baubrigaden tatkräftige „Aufbauhilfe“ auf Grundstücken, die der Staat ihnen kostenlos zur Verfügung stellte. Zu ihren Hochzeiten in den 1960ern machten die AWG damit 66% aller neu gebauten Wohnungen aus.

6.5. Staatliche Wohnungsbauprogramme

Es gab in der Geschichte der DDR, neben der alltäglichen Lenkung des Bauwesens durch Bedarfsermittlung in den Massen und Vorgaben der Planungskommission, zwei große staatliche Wohnungsbauprogramme. Das erste war der „7- Jahresplan“ von 1959 – 1965 (dann abgebrochen). Das ausgegebene Ziel der Beendigung des Wohnraummangels bis 1965 konnte durch die im Programm enthaltenen Maßnahmen wurde zwar nicht erreicht werden, durch die effektivere Aufteilung der zu diesem Zeitpunkt immer noch mehr als knappen Ressourcen und die Etablierung einer Industrialisierung des Bauwesens in Form von einheitlichen Typisierungen von Block- und Plattenbauten, die im ganzen Land nach dem im Wesentlichen gleichen Schema mit den selben Materialien gebaut werden konnten, gelang es trotzdem die Arbeitsproduktivität von zuvor 30.000 Neuwohnungen im Jahr 1955 auf 85.000 Neuwohnungen im Jahr 1965 zu steigern. Erfolgreiche Bauprojekte im Rahmen des 7- Jahresplanes waren u.a. der Aufbau von StalinStadt (Eisenhüttenstatt), sowie einer „Chemiearbeiterstadt für die Buna- und Leuna- Werke“ (Halle – Neustadt).

Das zweite Programm hatte die ambitionierte Zielsetzung mit dem Budget von 200 Mrd. Mark 3 Millionen neue Wohnungen zu bauen und damit die Wohnungsfrage in der DDR endgültig zu lösen. Die Planungen dafür begannen 1971, der geplante Zeitraum für die Durchführung war von 1976-1990. Neben erfolgreichen Großprojekten wie den 60.000 Neuwohnungen in Berlin – Mahrzahn oder dem Ausbau von Leipzig – Grünau war dieses Programm maßgeblich von den Folgen der Ölpreiskrisen geprägt, die die Instandhaltungs-, aber v.a. auch Rohstoff- und damit Baukosten explodieren ließen. Mit einem sehr einseitigen Fokus auf die unbedingte Durchsetzung neuer Projekte ging die Vernachlässigung der Instandhaltung von Altbauten einher. 1980- 89 wurden hier nur 12% des (teilweise schon lange davor bestehenden) Sanierungsbedarfes gedeckt, was man den Altbau-Stadtvierteln noch bis in die 2000er Jahre hinein anmerkte. Gerechnet auf den Zeitraum von 1976-1990 wurde das Planziel knapp verfehlt, von 1971- 1990 gerechnet wurde es mit 3,3 Millionen Neuwohnungen übererfüllt.

6.6. Mieten und Wohnungsvergabe – Warum die Wohnung keine Ware mehr war

Wer in der DDR auf Wohnungssuche war, musste dafür einen Antrag bei der Kommunalen Abteilung für Wohnungspolitik stellen, diese wies auf Grundlage von festgelegten Kriterien geeigneten Wohnraum zu. Bevorzugt wurden junge und kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Schichtarbeiter, sowie Mitglieder der bewaffneten Organe/ Wehrdienstleistende und staatlich anerkannte Opfer des Faschismus, sowie Kämpfer gegen den Faschismus und die direkten Nachkommen der beiden letztgenannten. Jährlich wurden 600.000 – 800.000 solcher Anträge gestellt, wobei diese Zahlen keinen Wohnungslosen, sondern Menschen auf der Suche nach einer besser an ihre Bedürfnisse angepassten Wohnung abbildeten.

Die Wartezeiten waren entsprechend lang, insbesondere für Menschen mit niedriger Priorisierung nach genannten Kriterien – so v.a. alleinstehende, junge Menschen. Obdachlosigkeit gab es in der DDR bis auf die direkten Nachkriegsjahre dennoch faktisch nicht mehr. Teil der staatlichen Wohnungsbau- und Verteilungspolitik war auch, jedem eine Unterkunft verschaffen zu können und so auch in Zeiten der Knappheit von Wohnraum in Notfällen mindestens Zimmer zur Untermiete vermitteln zu können. Doch auch solche Notfälle waren ausgesprochen selten, da es so gut wie keine Arbeitslosigkeit gab und jeder verfügbare Job ausreichte, um eine Miete zahlen zu können.

Die Mieten waren (auch für Wohnungen in Privatbesitz) staatlich festgelegt. Lange Zeit geschah dies durch die Kommunalverwaltungen, um diese zu entlasten trat 1981 eine im gesamten Land gültige Verordnung in Kraft. Durch diese staatliche Lenkung und den Ausgleich von wirtschaftlichen Krisen durch Subventionen blieben die Mieten für die gesamte Zeit des Bestehens der DDR relativ konstant bei etwa 3-5% des monatlichen Nettoeinkommens. Selbst die etwas „teureren“ Mieten in den Neubauten lagen z.B. bei 70 Mark für eine typische 80m² – Familienwohnung. Diese Mieten waren bei weitem nicht kostendeckend, in der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre waren die Kosten, die der Staat für Bau- und Erhaltung von Wohnungen ausgab, mehr als 3 mal so hoch, wie seine Mieteinnahmen, die Mieten dadurch ein zentraler Faktor in der Subventionspolitik.

6.7. Sozialistisch Wohnen

Schon 1950 waren als Beilage zum Aufbaugesetz die „16 Grundsätze des Städtebaus“ erschienen, die inspiriert von der Stadtplanung der SU Leitlinien für den sozialistischen Städtebau in der DDR festlegten. Bis Ende des zweiten Wohnungsbauprogramms 1990 wurden diese Grundsätze aktiv in die Tat umgesetzt: Soziale Ghettoisierung war durch geringe Lohnunterschiede und staatliche Wohnungsverteilung ohnehin quasi nonexistent. Darüber hinaus wurde durch staatliche Vorgaben geregelt, dass jedes Neubaugebiet viel mehr sein musste, als die heutigen „Schlafstädte“ am Stadtrand: Gesundheitsvorsorge in Form von Arztpraxen und Polikliniken, Bildung (auch für Erwachsene in Form von Bibliotheken u.ä.), kommunale Kulturzentren, Einkaufsmöglichkeiten, Möglichkeiten zur Sport- und Freizeitgestaltung – alles, was die Menschen für ein gutes Leben brauchten, sollte in jedem Wohnviertel verfügbar gemacht werden.

Auch wenn dieses Ziel, gerade in ländlichen Regionen oder durch Altbau vorgeprägten Vierteln, oft schwieriger umgesetzt werden konnte, gab es spätestens ab Mitte der 1970er Jahre kaum Wohngegenden in DDR, die nicht dennoch entschieden davon geprägt worden wären. Die so neu geschaffenen Bedingungen schufen auch eine neue Nachbarschaft: Man tat sich in Nachbarschaftskommissionen zusammen, denen von den Kommunen weitestgehend freie Hand bei der Gestaltung ihrer Viertel gelassen wurde. Nachbarschaftliche Gartenprojekte, zum Klubraum ausgebaute Trockenräume oder gemeinsame Straßen- und Grillfeste gehörten zum Alltag, nicht nur im Plattenbau. Im Konsum im Erdgeschoss des Wohnhauses, im Kulturzentrum oder im Schwimmbad der Siedlungen traf man ständig seine Nachbarn, woraus vertrauliche bis freundschaftliche Verhältnisse entstanden, die gegenseitige Unterstützung bei Umzügen oder Kinderbetreuung zur Selbstverständlichkeit machten. Die Planung der Wohnsiedlungen, der dadurch begünstigten Kollektivität, sowie der Übergabe von staatlichen Verantwortungen in die Hände der selbstorganisierten Nachbarschaft (inklusive außergerichtlicher Konfliktlösungen durch die Hausgemeinschaftsleitungen) können als Musterbeispiele dafür angesehen werden, wie ein sozialistischer Staat mit kluger Politik seine Bürger auf ein Leben im Kommunismus vorbereitet.

6.8. Folgen der Annexion – „Kleinmachnow bewaffnet sich gegen Wessis“

Nach 1990 wurden von der BRD im Eiltempo die Eigentumsverhältnisse von 1945 wieder hergestellt,

Wohnungen in Massen privatisiert und Institutionen des ostdeutschen Gemeinwesens wie Kulturzentren, Polikliniken oder die über 10.000 FDJ- Jugendclubs ersatzlos geschlossen. Ähnlich wie beim Raubzug durch die DDR – Volkswirtschaft strebte die BRD auch beim Wohnraum Annexion im Eiltempo an und erließ den neuen, westdeutschen Eigentümern insgesamt hohe zweistellige Milliardenbeträge an Steuern auf ihre Geschäfte, um die Privatisierungen zu beschleunigen. Darüber hinaus wurden die Kredite bei der Staatsbank der DDR, über die große Teile ihrer Bauvorhaben als haushaltspolitische Buchkredite finanziert worden waren, mit der Veräußerung an westdeutsche Banken über die Treuhand zu Realkrediten – die ostdeutschen Kommunen waren also auf einmal mit über 30 Milliarden DM bei diesen Banken verschuldet und somit gezwungen, sich selbst proaktiv am Ausverkauf ihres Wohnungsbestandes zu beteiligen, sowie dessen Mieten zwischen 1993- 1995 um das siebenfache anzuheben, um nicht bankrott zu gehen.

Außerdem führte die folgenschwere Devise „Rückgabe vor Entschädigung“ dazu, dass auf einmal Zehntausende in den Osten kamen, um sich Wohnungen und Grundstücke unter den Nagel zu reißen, die vor den Enteignungen in SBZ und DDR irgendwann einmal Privateigentum ihrer Familien gewesen sein sollten. Ostberlin und dessen Umland als beliebteste und somit wertvollste Lage, waren davon in besonders krassem Ausmaß betroffen. So wurden z.B. in der 11.000 Einwohner- Gemeinde Kleinmachnow nach der Annexion knapp 2000 Grundstücke und 5500 Wohnungen von Westdeutschen „Eigentümern“ geräumt und die bisherigen Bewohner daraus vertrieben. Der stolze DDR- Bürger, der sich damals mit einer Kalaschnikow seinen Vorgarten bewachend ablichten ließ und so für die legendäre Schlagzeile *„Kleinmachnow bewaffnet sich gegen Wessis“* sorgte, steht hierbei stellvertretend dafür, wie sehr die ostdeutschen Zeitgenossen die Annexion 1990 tatsächlich als eine solche wahrgenommen haben.

7. Sport und Kulturbetrieb in der DDR

7.1 Sport als Teil des gesellschaftlichen Lebens

Sport hatte in der Deutschen Demokratischen Republik einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben. Er wurde nicht nur als Freizeitbeschäftigung verstanden, sondern als Bestandteil von Bildung, Gesundheit, Gemeinschaft und gesellschaftlicher Entwicklung. Ziel war es, möglichst vielen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation, Zugang zu sportlicher Betätigung zu ermöglichen. Die offiziellen Ziele des DDR-Sports wurden entsprechend umfassend formuliert: „Freude, Frohsinn, Entspannung, allseitige Entwicklung des Menschen, Gesundheit, Stärkung des Ansehens unserer Republik, bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat“. Sport sollte damit körperliche Ertüchtigung, Erholung, Gesundheit und gesellschaftliche Entwicklung miteinander verbinden.

Die Sportpolitik der DDR knüpfte bewusst an die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung an. Eine wichtige historische Bezugsperson war Werner Seelenbinder, ein kommunistischer Sportler und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Bereits 1946 wurde eine Sportorganisation nach sowjetischem Vorbild aufgebaut. Am 1. August 1948 gründeten FDJ und FDGB den Deutschen Sport-Ausschuss (DSA), aus dem 1957 der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) hervorging. Eine wichtige Grundlage bildeten die Betriebssportgemeinschaften (BSG). Sie waren eng mit volkseigenen Betrieben, Kombinat und staatlichen Einrichtungen verbunden und in 18 Industriebranchen gegliedert. Dazu gehörten beispielsweise der SV Aktivist für den Bergbau oder der SV Lokomotive für die Reichsbahn. Die Betriebe stellten finanzielle Mittel und organisatorische Möglichkeiten bereit und waren verpflichtet, Sport und Kultur für die Werktätigen zu fördern. Die Betriebssportgemeinschaften boten zahlreiche Sportarten an, darunter Fußball, Leichtathletik, Turnen, Schwimmen, Radsport, Kegeln und Wintersport. 1989 waren rund 3,7 Millionen Menschen im DTSB organisiert. Die Mitgliedsbeiträge waren bewusst niedrig: Erwachsene zahlten 1,30 Mark monatlich, Lehrlinge, Studenten und Rentner 0,80 Mark. Dadurch sollte die Teilnahme am Sport möglichst unabhängig vom Einkommen möglich sein.

Der Anspruch, Sport im Alltag der Bevölkerung zu verankern, zeigte sich auch in Walter Ulbrichts Losung von 1958: „Jeder Mann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport“. Später wurde sie zu „mehrmals in der Woche Sport“ erweitert. Der Schulsport umfasste regelmäßig zwei bis drei Wochenstunden, und auch an Hochschulen war Sport für Studierende obligatorisch. Ergänzt wurde dies durch Schulsportgemeinschaften, Trainingszentren sowie Kinder- und Jugendsportschulen.

7.2 Leistungssport und internationale Erfolge

Neben dem Breitensport entwickelte die DDR ab den 1960er-Jahren ein stark organisiertes Leistungssportsystem. Sportclubs, Trainingszentren sowie Kinder- und Jugendsportschulen ermöglichten die systematische Auswahl und Förderung sportlicher Talente. Eine wichtige Rolle spielte die Deutsche Hochschule für Körperkultur (DHfK) in Leipzig, an der Trainingsmethoden wissenschaftlich untersucht und weiterentwickelt wurden.

Die DDR konzentrierte sich besonders auf Sportarten, in denen große internationale Erfolge erreichbar waren. Dazu gehörten unter anderem Rudern, Kanu, Leichtathletik, Schwimmen und nordischer Skisport. Die Ergebnisse waren bei internationalen Wettbewerben deutlich sichtbar. Zwischen 1968 und 1988 gewannen DDR-Sportlerinnen und -Sportler mehr als 500 olympische Medaillen. Bei den letzten drei Olympischen Sommerspielen, an denen die DDR teilnahm – München 1972, Montreal 1976 und Seoul 1988 –, belegte die DDR jeweils den zweiten Platz im Medaillenspiegel. In Seoul 1988 gewann sie 37 Gold-, 35 Silber- und 30 Bronzemedailles, insgesamt

102 Medaillen. Sportler wie Gustav-Adolf „Täve“ Schur, Katarina Witt, Marita Koch, Heike Drechsler und Waldemar Cierpinski wurden zu bekannten Persönlichkeiten. Ihre Erfolge trugen zum internationalen Ansehen der DDR bei. Bis 1971 fanden außerdem mehr als 40 Welt- und Europameisterschaften in der DDR statt. Auch die Internationale Friedensfahrt besaß große Popularität und verband den sportlichen Wettbewerb mit internationalen Begegnungen.

Die Erfolge wurden in Fernsehen, Rundfunk und Presse ausführlich verfolgt. Sportler konnten dadurch zu Vorbildern für Kinder und Jugendliche werden. Gleichzeitig wurde der Sport auch mit gesundheitlichen und gesellschaftlichen Zielen verbunden. Er sollte körperliche Leistungsfähigkeit, Arbeitsfähigkeit und die Entwicklung junger Menschen fördern.

7.3 Sport für alle

Neben dem Leistungssport blieb der Breitensport ein zentraler Bestandteil. Ein großer Teil der Sportinfrastruktur wurde durch Betriebe, staatliche Einrichtungen und gesellschaftliche Organisationen finanziert. 1983 wurden 416,6 Millionen Mark aus staatlichen Mitteln für die Unterhaltung und Instandsetzung von Sportstätten wie Stadien, Schwimm- und Sporthallen bereitgestellt. Hinzu kamen Betriebsfonds, Mitgliedsbeiträge und freiwillige Arbeitseinsätze. Im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ leisteten DTSB-Mitglieder 1983 mehr als 14 Millionen Arbeitsstunden für Pflege, Werterhaltung, Verschönerung und Erweiterung von Sportanlagen. Der dabei geschaffene Wert wurde mit über 77,4 Millionen Mark angegeben. Ein Beispiel für die öffentliche Sport- und Freizeitinfrastruktur war das 1981 eröffnete Sport- und Erholungszentrum (SEZ) in Berlin. Es verband verschiedene Sport- und Freizeitangebote miteinander und verfügte unter anderem über Schwimmbecken, Sporthallen und Bowlingbahnen. Damit wurde der Anspruch sichtbar, Sport und Erholung möglichst vielen Menschen zugänglich zu machen.

7.4 Kultur für die Gesellschaft

Auch der Kulturbetrieb nahm in der DDR einen wichtigen Stellenwert ein. Kultur sollte nicht ausschließlich einer kleinen gebildeten oder wohlhabenden Bevölkerungsschicht zugänglich sein. Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst und kulturelle Veranstaltungen sollten möglichst viele Menschen erreichen.

Die Verfassung der DDR formulierte diesen Anspruch ausdrücklich. In Artikel 18 hieß es: „Die sozialistische Nationalkultur gehört zu den Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft.“ Außerdem wurde festgelegt, dass der Staat die sozialistische Kultur fördere und schütze, die „dem Frieden, dem Humanismus und der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft dient“. Die Förderung der Künste und der künstlerischen Interessen und Fähigkeiten aller Werktätigen wurde ebenfalls als staatliche und gesellschaftliche Aufgabe bezeichnet. Ein wichtiges Instrument waren Kulturhäuser, Kulturpaläste und Arbeiterklubs. Zwischen 1949 und 1989 entstanden in der DDR mehr als 2.000 solcher Einrichtungen, beziehungsweise wurden entsprechende Einrichtungen ausgebaut. Sie dienten nicht nur professionellen Veranstaltungen, sondern auch der eigenen kulturellen Betätigung. Dort fanden Theateraufführungen, Konzerte, Tanzveranstaltungen, Ausstellungen, Vorträge und Filmvorführungen statt. Gleichzeitig konnten sich die Menschen in Chören, Tanzgruppen, Musikgruppen, Laienspielgruppen und anderen Zirkeln engagieren.

Die kulturelle Infrastruktur war umfangreich. In der DDR gab es zuletzt 18.118 Bibliotheken, 213 Theater, 719 Museen, 190 Musikschulen, 848 Klubhäuser und 594 FDJ-Jugendklubs. Hinzu kamen rund 56.000 ehrenamtlich geleitete Klubs und Jugendklubs. Damit bestand ein dichtes Netz kultureller Einrichtungen in Städten, Gemeinden und Betrieben.

7.5 Kultur und Arbeitswelt

Eine besondere Rolle spielte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Er leitete 353 betriebliche Kulturhäuser sowie etwa 630 beruflich und 1.280 ehrenamtlich betriebene Bibliotheken. Rund ein Drittel der Volkskunstgruppen und -zirkel der DDR, etwa 12.000 Gruppen, wurden durch den FDGB betreut. Dazu gehörten rund 200 Chöre, 100 Blas- und Instrumentalorchester sowie etwa 1.050 Amateurtheater. Damit waren Betriebe nicht nur Produktionsstätten, sondern auch wichtige soziale und kulturelle Einrichtungen. Neben Sport- und Kulturangeboten gehörten beispielsweise Kantinen, Urlaubsangebote und weitere soziale Leistungen zu den Aufgaben der Betriebe. Kultur und Sport wurden dadurch eng mit dem Arbeitsalltag verbunden. Auch zog sich die Partei mit ihrer Politik aus diesen Räumen heraus und so musizierten, diskutierten und beschwerten sich die Arbeiter eifrig.

Ein Beispiel war das 1950 wiederaufgebaute „Theater der Werktätigen“ in Wolfen. Der Theatersaal bot Platz für 900 Besucher. 1954 wurde die Einrichtung als „Klubhaus der Gewerkschaften“ in die Trägerschaft des FDGB übergeben. Solche Einrichtungen boten Raum für professionelle Kunst, ebenso wie für die eigene kulturelle Betätigung der Werktätigen. Besonders deutlich wurde diese Verbindung bei den Arbeiterfestspielen. Sie wurden 1959 erstmals durchgeführt und fanden zunächst jährlich, ab 1972 alle zwei Jahre statt. Bis 1988 wurden insgesamt 22 Arbeiterfestspiele veranstaltet. Sie verbanden Leistungen von Laienkünstlern mit Auftritten professioneller Künstler und wurden als „Leistungsschau der kulturschöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse“ bezeichnet. Bei den 11. Arbeiterfestspielen 1969 in Karl-Marx-Stadt wirkten beispielsweise 8.500 Volkskünstler und 1.500 Berufskünstler mit. Die Veranstaltungen zeigten damit, welchen Umfang die kulturelle Eigenbetätigung der Bevölkerung erreichen konnte.

7.6 Literatur, Film und Theater

Der Staat investierte erhebliche Mittel in kulturelle Einrichtungen sowie in Bücher, Filme und Theateraufführungen. Bibliotheken waren weit verbreitet und Bücher konnten zu vergleichsweise niedrigen Preisen erworben werden. Auch Theater, Oper, Operette und Puppentheater waren in vielen Städten Bestandteil des öffentlichen Lebens. Eine besondere Bedeutung besaß die DEFA, die staatliche Filmgesellschaft der DDR. Sie produzierte Spielfilme, Dokumentarfilme und Kinderfilme und beschäftigte sich mit historischen, gesellschaftlichen und alltäglichen Themen. Neben politisch geprägten Produktionen entstanden Filme über Familienleben, Jugend, Arbeit, zwischenmenschliche Beziehungen, aber auch wurde sich intensiv mit der Arbeiterbewegung und dem Faschismus auseinandergesetzt. Auch die Literatur spielte eine wichtige Rolle. Schriftsteller wie Christa Wolf, Erwin Strittmatter, Hermann Kant und Franz Fühmann setzten sich in ihren Werken mit gesellschaftlichen Veränderungen, persönlichen Erfahrungen und der deutschen Geschichte auseinander. Gleichzeitig wurde die eigene literarische Betätigung gefördert. Im Rahmen des Bitterfelder Weges entstanden beispielsweise „Zirkel Schreibender Arbeiter“, in denen Beschäftigte eigene Texte verfassten und sich gemeinsam mit Literatur beschäftigten.

7.7 Sport, Kultur und gesellschaftliche Gemeinschaft

Sport und Kultur waren in der DDR eng miteinander und mit dem Arbeitsleben verbunden. Ein Beschäftigter konnte beispielsweise nach der Arbeit in einer Betriebssportgemeinschaft Sport treiben, in einem Chor singen, eine Bibliothek besuchen oder an einer Veranstaltung im Kulturhaus teilnehmen. Kinder und Jugendliche konnten parallel Sportgruppen, Jugendklubs, Arbeitsgemeinschaften und kulturelle Zirkel besuchen. Die Finanzierung erfolgte durch staatliche Mittel, Betriebsfonds, Mitgliedsbeiträge und freiwillige Arbeitseinsätze. Die niedrigen Beiträge

sollten eine breite Teilhabe ermöglichen. Gleichzeitig konnten sich die Menschen selbst an der Pflege und Verbesserung von Sport- und Kultureinrichtungen beteiligen.

Sport und Kultur wurden damit nicht ausschließlich als wirtschaftliche Bereiche betrachtet, sondern als Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens. Die große Zahl an Sportlern, Sportgemeinschaften, Bibliotheken, Theatern, Museen, Kulturhäusern und kulturellen Gruppen, zeigt den Umfang dieser Infrastruktur.

Die DDR verband mit Sport und Kultur den Anspruch, möglichst vielen Menschen Möglichkeiten zur körperlichen Betätigung, kulturellen Bildung und eigenen Freizeitgestaltung zu eröffnen. Der Breitensport wurde durch ein umfangreiches System von Betriebssportgemeinschaften getragen, während der Leistungssport durch gezielte Nachwuchsförderung internationale Erfolge erzielte. Gleichzeitig sorgten Kulturhäuser, Bibliotheken, Theater, Klubs und Volkskunstgruppen dafür, dass kulturelle Angebote in vielen Bereichen des täglichen Lebens vorhanden waren. Dadurch wurden Sport und Kultur zu wichtigen Bestandteilen der gesellschaftlichen Gemeinschaft und des Alltags in der DDR.

8.0 Gesundheitssystem der DDR

Sozialismus als „radikalste und umfassendste Prophylaxe“

„Ich habe mein ganzes politisches Leben hindurch (...) die Welt durch die Brille eines Arztes gesehen, dem Armut, Elend und Krankheit die Hauptfeinde sind. So bin ich zum Kommunismus gekommen und so habe ich das Glück gehabt, in der DDR ein Gesundheits- und Sozialwesen zu erleben, das ein großartiges Rahmenwerk schuf, eine soziale und gesundheitliche Vorsorge und Betreuung der Bevölkerung, wie ich sie nie zuvor gesehen hatte.“

Ingeborg Rapoport (1912–2017)

8.1. Historische Grundbedingungen

Um das Gesundheitssystem der DDR verstehen zu können, ist es zunächst wichtig nachzuvollziehen, dass „Gesundheitspolitik“ im Sozialismus ein sehr viel weiter gefasster Begriff war, als heutzutage. Statt der marktwirtschaftlich organisierten Profitmacherei mit all denen, die bereits krank sind, stand in der DDR (aufbauend auf einer langen Tradition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie) der Gedanke der Sozialhygiene im Vordergrund. Dieser Begriff ist tatsächlich keine Nazi- Vokabel, sondern geht auf den genialen Mediziner und Sozialdemokraten Rudolf Virchow (1821- 1902) zurück. Das Konzept der Sozialhygiene stellt in den Mittelpunkt der staatlichen Gesundheitsversorgung nicht nur die Behandlung von Krankheiten, sondern die Lebens-, Arbeits- und Umweltzustände dazu beitragen Menschen gesund zu halten und so das Auftreten von Krankheiten nach Möglichkeit im Vorhinein zu verhindern.

Mit dem Aufbau eines solchen, sehr viel umfassenderen und dadurch logischerweise auch aufwändigeren und teureren Gesundheitssystem, standen die SBZ und später und die DDR nach dem Zweiten Weltkrieg vor einer Mammutaufgabe. Schließlich war nicht nur sämtliche Infrastruktur durch den Krieg zerstört oder beschädigt, es galt auch mit dem Erbe der sog. „Medizinverbrechen“, der Euthanasie und der weiteren Komplizenschaft der medizinischen Berufsstände (v.a. Ärzte und Pflege) in die Verbrechen des Faschismus einen Umgang zu finden. Etwa die Hälfte der deutschen Ärzte waren NSDAP- Mitglieder gewesen, einer der höchsten Anteile aller Berufsstände. Ein weiterer relevanter Teil kam aus dem Weltkrieg gar nicht erst zurück. Diese denkbar schwierige Ausgangslage muss ebenfalls mit in Betracht gezogen werden, wenn die Erfolge des DDR- Gesundheitssystems bewertet werden sollen.

8.2. Rechtliche Grundlagen und Finanzierung

Die Grundlagen für ein sozialistisches Gesundheitswesen in Ostdeutschland schuf bereits die sowjetische Militäradministration, die es unter eine zentrale Verwaltung stellte und schon 1947 u.a. mit dem Aufbau von Ambulanzen und Polikliniken, sowie einem einheitlichen Sozialversicherungssystem begann. Die Sowjetunion hatte ihr erstes sozialistisches Gesundheitssystem maßgeblich auf den Programmen und Erfahrungen der revolutionären Sozialdemokratie in Deutschland aufgebaut und „importierte“ diese Ideen jetzt wieder an ihren Ursprungsort. Dazu gehörte ganz maßgeblich übrigens auch, dass in der SU seit 1936 und in der DDR ab der ersten eigenen Verfassung 1949 und in ausführlicherer Form in Artikel 35 ab 1968 das Recht auf Schutz der Gesundheit als Grundrecht festgeschrieben war:

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Schutz seiner Gesundheit und seiner Arbeitskraft.

(2) Dieses Recht wird durch die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Pflege der Volksgesundheit, eine umfassende Sozialpolitik, die Förderung der Körperkultur, des Schul- und Volkssports und der Touristik gewährleistet.

(3) Auf der Grundlage eines sozialen Versicherungssystems werden bei Krankheit und Unfällen materielle Sicherheit, unentgeltliche ärztliche Hilfe, Arzneimittel und andere medizinische Sachleistungen gewährt.

Um das in der Verfassung verbrieftete Recht auf Schutz der Gesundheit für alle garantieren zu können, war (bis auf einige, privat niedergelassene Ärzte und Therapeuten) das gesamte Gesundheitssystem in staatlicher Hand und somit frei von jeglichen Profitzwängen. Bei dieser Verstaatlichung ging die DDR allerdings auch pragmatisch vor: 75 Krankenhäuser wurden zwar ins staatliche Gesundheitssystem eingegliedert, aber weiterhin von der Kirche verwaltet. Statt der dogmatisch-religionsfeindlichen Politik, die der DDR oft vorgeworfen wird, nutzte man die Kapazitäten v.a. der Diakonie pragmatisch aus (10% der Krankenhausbetten) und gewährte dieser dabei einen eigenen Handlungsspielraum. Neben Arztpraxen, Krankenhäusern und Polikliniken (s.u.) betraf diese Verstaatlichung sogar die Pharmaindustrie. Das riesige Kombinat GERMED (13 Betriebe, 3 angeschlossene Forschungsinstitute, 15.000 Mitarbeiter) deckte mit seiner Produktion nicht nur bis zu 90% des Arzneimittelbedarfes der DDR ab, sondern exportierte darüber hinaus auch Medizinprodukte in die UdSSR, sowie im Rahmen von Solidaritätsabkommen zu erschwinglichen Preisen in diverse Länder des globalen Südens (s. Abschnitt 6).

Finanzielles Fundament des Gesundheitssystems war die in Absatz (3) der Verfassung erwähnte, einheitliche Sozialversicherung. Diese schloss umfassende Leistungen der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung mit ein und unterstand der politischen und organisatorischen Leitung des FDGB. Finanziert wurde sie zum einen durch Beiträge der Versicherten von monatlich 10% des Bruttolohns (maximal jedoch 60 Mark), zu 50% von den Betrieben und die restlichen 40% aus direkten staatlichen Subventionen. Dank dieser Subventionen blieb die Gesundheitsversorgung in der DDR (bis auf die maximal 60 Mark monatlich) kostenfrei. Konzepte wie Zuzahlungen und Eigenleistungen, geschweige denn Privilegien für Privatversicherte, waren vollkommen unbekannt und auch sämtliche Arzneimittel im Leistungspaket einbegriffen.

Auch über Verfassung und Sozialversicherung hinaus war die gesundheitspolitische Gesetzgebung der DDR extrem fortschrittlich: Die Pille war für alle Frauen kostenlos erhältlich, §218 wurde schon 1972 abgeschafft und damit Abtreibungen komplett entkriminalisiert. Homosexualität war seit den 1950er Jahren straffrei und 1968 wurde auch der berüchtigte §175 abgeschafft (in der BRD erst 1994) und seit 1975 galt die Widerspruchslösung für Organtransplantationen, für die das entsprechende Institut an der Ostberliner Charité internationale Maßstäbe setzte.

Das gesamte Gesundheitssystem war nach dem demokratischen Zentralismus organisiert, der in diesem Bereich tatsächlich auch bis in die Parteispitze umgesetzt wurde. Gesundheitseinrichtungen, Forschung und Politik waren eng miteinander verzahnt, so waren Angestellte der jeweiligen Forschungsinstitute direkt in die medizinische Alltagspraxis angebunden, gaben Erkenntnisse und Problemstellungen an ihre jeweiligen Institute weiter (die den gesamtstaatlichen Zentralinstituten zuarbeiteten). Die jeweiligen Leiter dieser Forschungsinstitute und die Abteilungen für Gesundheitswesen in den Bezirksräten waren wiederum die engsten Mitarbeiter des Ministeriums für Gesundheitswesen der DDR, entsprechend war die gesundheitspolitische Arbeit des Ministerrates das Produkt des stetigen Austausches zwischen Forschung, Praxis und Politik von der Ebene der lokalen Polikliniken ausgehend bis ins ZK in Ostberlin.

8.3. Die Poliklinische Idee

Die wichtigste Säule des Gesundheitssystems waren die Polikliniken, mit deren Bau bereits die SMAD begonnen hatte. Als Poliklinik wurden staatliche, ambulante medizinische Einrichtungen bezeichnet, in denen mindestens 6 verschiedene Fachärzte nach festgelegten Standards vertreten waren (z.B. immer Innere Medizin, Gynäkologie, etc.) Außerdem waren ein eigenes Labor, Physiotherapie und Röntgeneinrichtungen unter dem selben Dach untergebracht. Seit den 1950er Jahren gab es für den einheitlichen Bau dieser Polikliniken Vorschriften und architektonische Typenprojekte, ab den 1970er Jahren war es Teil des staatlichen Wohnungsbauprogramms bei jeder großen Neubausiedlung eine solche Poliklinik mit einzuplanen. Die Nutzung von je einer einheitlichen Patientenakte pro Patient, sowie die effiziente Planung von technischen und personellen Ressourcen vereinfachten nicht nur die interdisziplinäre Zusammenarbeit in den Polikliniken, sondern ermöglichten auch lange Öffnungszeiten und reibungslose Vertretungsregelungen im Urlaubs- oder Krankheitsfall.

Getreu der Sozialhygiene als staatlichem Programm der Gesundheitspolitik, waren auch die Polikliniken viel mehr als Orte zur Behandlung von Kranken. Ihnen waren Beratungsstellen für ihren Einzugsbereich, z.B. für Mütter und Schwangere, direkt zugeordnet und staatliche Aktionen zur gesundheitlichen Aufklärung lagen ebenfalls im Aufgabenbereich dieser Kliniken. Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich war die Kinder- und Jugendgesundheit. Neben den Beratungsstellen gehörten auch die im Einzugsbereich befindlichen Krippen, Kindergärten und Schulen zum Verantwortungsbereich der Polikliniken und wurden einmal wöchentlich von Kinderärzten besucht, die dort u.a. Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen durchführten (es gab kein also Recht auf Kindstod durch Masern o.ä.). In Sachen Kinder- und Jugendgesundheit war die DDR weltweit führend, das lag u.a. auch an der Zentralisierung sämtlicher pädiatrischer Erfolge und Problemstellungen beim Zentralinstitut für Hygiene des Kinder- und Jugendalters, bzw. der dort ansässigen Kommission für Kindersterblichkeit. Hier wurde ab 1957 jeder einzige Todesfall auf Grundlage sämtlicher zur Verfügung stehender Informationen kritisch geprüft, Behandlungsprozesse ausgewertet und ggf. angepasst, sowie offene Fragen direkt ans angeschlossene ZI weitervermittelt. Es war demnach kein Zufall, dass 1969 an der Charité der erste europäische Lehrstuhl für Neonatologie entstand und mit Prof. Ingeborg Rapaport besetzt wurde. Rapaport war 1938 als Jüdin aus Deutschland geflohen und hatte sich im amerikanischen Exil angesichts der Rassentrennung und des Elends der Arbeiterklasse politisiert. Wie sehr sie die Ideale einer sozialistischen Persönlichkeit verinnerlicht hatte, bewies sie noch 2015, als sie im biblischen Alter von 102 die Verteidigung ihrer Dissertation nachholte. Wie sie selbst sagte, v.a. als symbolischer Akt für diejenigen, denen Faschisten diese Möglichkeit für immer genommen hatten.

Die landesweite Einführung Polikliniken war ein langwieriger und aufwändiger Prozess, nicht zuletzt wegen des Standesdünkels und liberalen Selbstverständnisses vieler Ärzte. 1955 waren noch über 50% der ambulanten Ärzte in der DDR privat niedergelassen, auch 1970 noch 18%. Erst 1989 war der Prozess der Zentralisierung der ambulanten Versorgung faktisch abgeschlossen. Neben den größeren Polikliniken gab es, v.a. in ländlichen Gebieten, die sogenannten Ambulatorien. Die Grundidee dahinter war die gleiche wie bei den Polikliniken, die Ambulatorien waren allerdings deutlich kleiner, mit entsprechend weniger niedergelassenen Ärzten und materiellen Ressourcen. Die kleinste, lokalste Ebene der poliklinische Idee waren die Gemeindeschwestern, zuständig für abgelegene, ländliche Regionen. Diese hoch qualifizierte, eigene Berufsgruppe hatte jeweils ein eigenes regionales Einzugsgebiet, wo sie die Gesundheitsversorgung in Form von Hausbesuchen übernahm. Auch kleinere Behandlungen oder medikamentöse Therapien konnten direkt von den Gemeindeschwestern übernommen werden, die nebenbei noch Seelsorgerinnen waren, sowie beratende und aufklärende Funktionen übernahmen. Neben dem Medizinischen stärkten sie so auch den sozialen Zusammenhalt auf dem Land und brachten ihre Perspektiven auch politisch aktiv ein.

8.4. Betrieblicher Gesundheitsschutz

1989 arbeiteten 87,5% der Beschäftigten in der DDR in Betrieben mit eigenen Sanitätsstellen bzw. direkt angeschlossenen Polikliniken/ Ambulatorien. Wie alle anderen Bereiche des Gesundheitswesens unterstanden diese neben der zentralen politischen Führung auch einem zentralen Forschungsinstitut, dem ZI für Arbeitsmedizin. Auf Grundlage von dessen Forschung wurde die Zurückdrängung von Arbeitskrankheiten und Invalidisierung zur gesamtstaatlichen Priorität in der DDR. Die Mitarbeiter des ZI waren direkt in den Betrieben bzw. den angeschlossenen Gesundheitseinrichtungen tätig und meldeten Erkenntnisse und Entwicklungen nach „oben“. Neben der Forschung und medizinischen Versorgung waren die Arbeitshygieneinspektionen ein wichtiger Teil des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Diese waren bis auf Kreisebene herunter zentralistisch organisiert und überprüften Arbeitsbedingungen, sowie die Einhaltung von Normen und Grenzwerten z.B. bei Schadstoffen. Mit dieser Funktion befand sich der betriebliche Gesundheitsschutz in einer konstanten Konfliktsituation mit den wirtschaftspolitischen Institutionen, die sich mit der Wirtschaftskrise und entsprechend ausbleibenden Modernisierungen ab den 1980ern noch verschärfte, da immer mehr Ausnahmegenehmigungen, z.B. für hohe Schadstoffbelastung, eingefordert wurden. So muss in der Bewertung dieses Arbeitsfeldes zwar auf der einen Seite klargestellt werden, dass der betriebliche Gesundheitsschutz sehr viel umfassendere Arbeit geleistet hat als z.B. entsprechende Stellen in der BRD. Berufskrankheiten prägten das Leben in der DDR (gerade ab den 1980ern) nichtsdestotrotz weiter, wenn auch in abgeschwächtem Umfang.

8.5. Ausbildungsniveau und Studium

Aufgrund des hohen Ausbildungsniveaus hatten Ärzte aus der DDR international, auch in der BRD, einen hervorragenden Ruf. Dies führte dazu, dass v.a. durch proaktive Abwerbeprogramme bis 1961 tausende Ärzte in den Westen gelockt wurden, so viele, dass es aus den DDR- Hochschulen jährlich fünf zusätzliche Jahrgänge an Absolventen gebraucht hätte, um den Mangel auszugleichen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Hochschulabschlüssen traute sich die BRD an die international renommierten Mediziner nach 1990 nicht heran und beschränkte sich darauf, sie aus leitenden Positionen an ostdeutschen Kliniken zu entfernen.

Das Medizinstudium in der DDR war kostenlos und somit allen frei zugänglich, gerade für Studenten aus Arbeiter- und Bauernfamilien gab es darüber hinaus Möglichkeiten, sich auch den Lebensunterhalt mit Stipendien finanzieren zu lassen. Im Gegenzug betrieb die DDR jedoch auch eine sogenannte Absolventenlenkung: Die frisch ausgebildeten Ärzte wurden je nach Bedarf und mindestens für einige Jahre auf das ganze Land aufgeteilt, sodass selbst in ländlichen Regionen eine ausreichende medizinische Versorgung sichergestellt werden konnte. Auch die Ausbildung für Pflegekräfte war deutlich umfassender auch auf allgemeinmedizinisches Wissen ausgerichtet als heutzutage, so besuchten die Auszubildenden u.a. zu Anatomie und Krankheitslehre zum Teil die gleichen Lehrveranstaltungen, wie die Ärzte.

Schon während des Studiums bzw. der Ausbildung konnten sich Pfleger, Ärzte und andere Gesundheitsberufe außerdem in der einheitlichen Gewerkschaft Gesundheitswesen einbringen und ihre Arbeitsfelder hier politisch mitgestalten.

8.6. Internationalismus in der Gesundheitspolitik

Getreu ihrer Staatsräson der Völkerfreundschaft behielt die DDR die zahlreichen Errungenschaften ihres Gesundheitssystems nicht für sich. Sie war seit 1973 aktives Mitglied der WHO und darüber in internationale Forschungs- und Aufklärungsprojekte eingebunden. Es wurde allerdings auch ganz

praktisch solidarisch unterstützt, allen voran mit dem Export von Arzneimitteln und medizinischen Geräten, besonders in andere RGW- Staaten (aufgrund des Entwicklungsvorsprungs befand sich die DDR bei diesen Geschäften fast immer auf der Geberseite).

Darüber hinaus wurden mit über 40 Staaten und Organisationen (u.a. die ANC und die SWAPO) Solidaritätsabkommen geschlossen. Diese solidarische Unterstützung konnte ganz verschiedene Formen annehmen, neben geschenkten Medizinprodukten und Geräten war die DDR auch in den Aufbau und teilweise auch Betrieb von Krankenhäusern (u.a. in Nicaragua, Vietnam, Äthiopien und Angola) involviert und bildete Ärzte und Pflegekräfte vor Ort aus. Darüber hinaus wurde auch in der DDR medizinisches Fachpersonal aus über 60 Staaten ausgebildet und jährlich ca. 700 Patienten aus anderen Staaten medizinisch versorgt. Im Kern der Solidaritätsarbeit stand somit nicht, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu schaffen, sondern vor Ort nachhaltige Infrastrukturen zu entwickeln und Wissen zu vermitteln.

Um die Kassen des eigenen staatlichen Gesundheitssystems nicht zu überlasten, wurden viele dieser Projekte über Solidaritätskampagnen in der Bevölkerung, sprich Spendensammlungen, finanziert. Sowohl die Bereitschaft dazu, als auch das Interesse an der medialen Berichterstattung zu diesen Projekten blieb bis zum Ende der DDR hoch, ein weiterer Beleg für die weite Verbreitung eines pragmatischen Grundverständnisses von Solidarität unter den DDR – Bürgern.

9. Die DDR als antifaschistischer Staat

9.1 Einleitung

Nachdem Sieg der Alliierten und der Befreiung Europas wurde Deutschland in die verschiedenen Besatzungszonen (BZ) geteilt. Wir wissen, dass auf dem Gebiet der Westlichen BZ die BRD entstehen sollte, welches zur Teilung Deutschlands und auf dem Gebiet der Sowjetischen BZ zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 (Tag der Republik) führte. Die Besatzung Deutschlands war die militärische Konsequenz aus dem Ersten Weltkrieg und die Grundlage für die Neustrukturierung Deutschlands. In allen Besatzungszonen sollte die Denazifizierung durchgeführt werden. Dies geschah in verschiedener Weise und bildete die politische, aber auch personelle Grundlage beider deutscher Staaten. Über die strukturellen Kontinuitäten in der Bundesrepublik wurde genug geschrieben und ist auch für unsere Betrachtungsweise zweitrangig; deswegen legen wir unseren Fokus auf SBZ.

9.2 Umgang mit Nazi-Kadern

In der SBZ übernahm neben der Sowjetischen Militär Administration auch der NKWD (Geheimdienst der SU) die Hauptaufgabe, Nazi-Funktionäre ausfindig zu machen. Mehr als 120.000 Menschen wurden inhaftiert. Davon verstarben circa 40.000 Menschen in Haft. Da die gesamte Bevölkerung des befreiten Deutschlands unter schwerem Hunger litt, mussten die Nazis sich hinten anstellen. Bis 1950 wurden die Lager, jetzt auf dem Staatsgebiet der DDR, aufgelöst. Bei ihrer Auflösung wurden die Insassen den ostdeutschen Behörden übergeben. Schon ab 1946 wurden in verschnellerten Verfahren sogenannte „Volksrichter“ ausgebildet, um unabhängiger von Juristen der Nazizeit zu sein. Diese übernahmen dann die Hauptverantwortung in der juristischen Verfolgung der Nazi-verbrechen. Am bedeutendsten waren wohl die Waldheimer Prozesse, in denen insgesamt 3432 Personen vorgeführt wurden, darunter der Lagerkommandant des KZ-Hohnstein Ernst Heinicker, der zum Tode verurteilt wurde. Die Schwierigkeit bestand auch darin, dass manche der Verurteilten, schon tot waren, körperlich nicht in der Verfassung dem Gerichtsprozess beizuwohnen und schlussendlich auch die schiere Masse und Schwere der Verbrechen. In jedem vom Krieg verwüsteten Land stellt sich die Frage, wer überhaupt übrig ist, das neue Land mitaufzubauen. So auch in der DDR. Viele kommunistische, sozialdemokratische Kader und Gewerkschaftler waren ermordet, aber auch Wissenschaftler, Ingenieure und Bürokraten waren Opfer des Krieges geworden. Doch auch in der DDR war man auf das Wissen der Vergangenheit angewiesen, und musste teilweise auf Fachleute aus der Nazizeit und Weimarer Republik zurückgreifen. Allerdings blieb den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern die Rückkehr in Militär-, Justiz-, Schul- und den inneren Verwaltungsapparat verwehrt. Innerhalb der SED hatte circa jeder zehnte eine ehemalige NSDAP Vergangenheit. Es würde hier an der Stelle den Text sprengen, näher auf solche Verstrickungen einzugehen; doch es sei gesagt: nicht jede NSDAP-Mitgliedschaft war gleich.

9.3 DDR als antifaschistischer Staat

Nun wollen wir uns vor allem den praktischen Antifaschismus in der DDR anschauen. Zu aller erst widmen wir uns den Menschen, die Widerstand gegen das Naziregime geleistet haben und sich dann sofort dem Aufbau eines neuen antifaschistischen Deutschlands gewidmet haben. Hier können nur ein paar genannt werden, die aber stellvertretend für diesen Weg stehen sollen. Dazu gehören natürlich Menschen, wie Anna Seghers, Bruno Apitz und Bruno Plache oder Gustav Röbelen sowie Lydia Poser und Brunhilde Prelle. Auch nicht-ostdeutsche KZ-Überlebende und Widerstandskämpfer entschieden sich aktiv für ein Leben in der DDR, am prominentesten sind wohl Namen wie Maxie und Fred Wander.

Die DDR selber verstand sich als der einzige antifaschistische deutsche Staat, was als Rechtfertigung für seine Existenz galt und auch Prestigeprojekte wie den Mauerbau. Auch juristisch fand dies Ausdruck in der Präambel der überarbeiteten Verfassung von 1968.

Die Umsetzung dieses Verständnisses wurde auf symbolischer Weise umgesetzt, ob das die Benennung von öffentlichen Orten und Auszeichnung war, wie das Heinz-Steyer-Stadion in Dresden, das Fritz-Heckert-Gebiet im ehemaligen Karl-Marx-Stadt, jetzt Chemnitz oder dem Anna-Seghers-Preis, der bis heute vergeben wird. Überhaupt sollte man nicht die Öffentlichkeit des Gedenkens vernachlässigen. Dafür gibt es eine breite Auswahl an Beispielen, die natürlich auch aus einem sozialistischen Kunstverständnis von Zugänglichkeit und Massentauglichkeit sich heraus ergeben. Am berühmtesten sind wohl die liegen gebliebenen Trümmer der Frauenkirche in Dresden.

Dieses Mahnmal fiel als eines der ersten Dinge der Annexion zum Opfer und wurde nicht als ein Mahnmal des Faschismus erkannt, sondern eher als eine Verfehlung des Sozialismus, die Vergangenheit des glorreichen Dresdens zu würdigen. Auch die Benennung von Straßen nach den Opfern des Faschismus ist wohl in der Dichte nicht vergleichbar und zeigt sich bis heute, hinein in die tiefe ostdeutsche Provinz, wo es noch in vielen Dörfern Mahnmäler für die Opfer des Faschismus gibt. Ein häufiger Mythos, der einem entgegen geschlagen wird, ist, dass das Gedenken in der DDR hölzern und institutionalisiert war, ganz im Gegenteil zum wiedervereinigten Deutschland, wo es auf Freiwilligkeit und das Vertrauen an die „demokratische“ Breite fußt. In der Realität heißt das, dass es im Lehrplan der DDR verankert war, mindestens einmal ein ehemaliges KZ zu besuchen, während dies heute auf Einzelinitiativen von Lehrkräften zurückgeht und nicht zuletzt vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist. Außerdem wurde Gedenkkultur viel mehr mit dem eigenen Leben verbunden. Man verstand die Geschichte seines Dorfes oder seines Viertels besser. Jede kleine Gedenkstelle für Zwangsarbeiter, Außenlager oder Widerstandskämpfer wurde regelmäßig von Schulklassen besucht. Heute weiß von diesen keiner mehr, sie werden unleserlich und verwildert und ihre Geschichten werden vergessen.

Auch werden die wissenschaftlichen Aspekte des DDR-Antifaschismus oft vernachlässigt. Das Werk LTI von Victor Klemperer, einem Dresdner Juden, war das erste Buch, was sich systematisch mit den Folgen des deutschen Faschismus auf die deutsche Sprache beschäftigt; es war ein Standardwerk in der DDR; in der BRD ist es vergessen und gehört nicht zum Kanon der Germanistik. Ob dies auch an der antizionistischen Haltung Klemperers liegt, bleibt spekulativ.

Auch juristisch wurde hier Arbeit geleistet, nicht nur bei der Verfolgung von Nazi-Verbrechern, sondern auch der Weitergabe von juristischem Wissen. Die DDR unterstützte maßgeblich Vietnam und Kambodscha bei der Verurteilung und Verfolgung der Gruppe rund um Pol Pot. Ein weiterer Vorwurf ist, dass das Gedenken die Shoa vernachlässigte und den kommunistischen Widerstand glorifizierte. Dieser fußt meist auf der westdeutschen Unfähigkeit zu akzeptieren, dass die Shoa und das Auslöschen jüdischen Lebens in Europa in seinem Extrem zwar besonders sind, sich aber doch auch in eine Kontinuität des imperialistischen deutschen Staatsapparates einfügen. Die Shoa existiert neben dem Völkermord an den Herero und Nama, dem Genozid an den Sinti und Roma, dem Vernichtungskrieg gegen die slawischen Nationen und eben auch der Massenabschlachtung der deutschen Arbeiterbewegung.

Im Kontext des Nachkriegsgedenken sind oft all diese Gruppen zusammengefasst unter dem Begriff der Opfer des Faschismus. Doch dies heißt nicht, dass an jüdisches Leben und Sterben nicht erinnert wurde, stellvertretend ist das gleichnamige Bild von Hans Grundig anzuführen, welches die Leichen eines Kommunisten neben dem eines Juden darstellt, gleichzeitig und nebeneinander. Ein Ausspielen der Opfergruppen bringt wohl kaum eine Gedenkkultur nach vorne. Der Vorwurf richtet sich oft auch gegen die antizionistische Haltung der DDR. Die jüdische Gemeinde in der DDR war sehr klein, wie auch in ganz Europa als Folge der Shoa und der zionistischen Staatsgründung.

9.4 Umgang mit der faschistischen Jugendkultur

Man muss auch auf die Arbeit des MfS im Kontext der antifaschistischen Arbeit schauen. Im Rahmen der Aufarbeitung von Kriegsverbrechern und Nazi-Kadern, arbeitete Mielke's Truppe seit der Staatsgründung. Dies passierte meist rigoroser als auf der anderen Seite der innerdeutschen Grenze, wenn die Arbeit auch geprägt war von den politischen Dynamiken des Kalten Krieges. Ein prominentes Beispiel ist die juristische Verfolgung der drei SS-Männer, die Ernst Thälmann ermordeten. In der BRD verstarb der erste 1964 unbehelligt, der zweite wurde 1988 freigesprochen und der dritte, Erich Gust, war seit Kriegsende untergetaucht und die Westermittler erklärten ihn ab 1976 für unauffindbar. Die Stasi hatte ihn aber schon 1969 unter seinem Pseudonym Franz Giese in Niedersachsen ausfindig gemacht. Allerdings folgte auf diesen Ermittlungserfolg nichts und sie hielten ihre Ergebnisse zurück.

Es zeigt jedoch, dass die Stasi extrem gut war, Wissen anzusammeln, auch über neofaschistische Tendenzen innerhalb der DDR. Ab den 1980ern bildete sich eine Gegenjugendkultur von Neonazis heraus. Über diese wurden schon früh Erkenntnisse eingebracht, wie auch über andere alternative Jugendkulturen. Es wurden über 6000 junge Neonazis auf dem Staatsgebiet erfasst; meist organisierten sie sich in kleinsten Zellen, was Ermittlungserfolge erschwerte. Zusätzlich war die Bekämpfung von Strategielosigkeit, Geheimhaltung der Staatssicherheit und einem fehlendem Problembewusstsein des ZK geprägt.

Abschließend muss deutlich gesagt werden, dass die faschistischen Strukturen ab den 1980ern bekannt waren. Am 2. Februar 1988 stufte das ZK dieses Problem als „Jugendproblem“ ein und machte die FDJ für weitere Berichterstattung und Bekämpfung verantwortlich, was in keiner Weise dem Ernst der Lage gerecht wurde. Der Überfall von Nazis auf die Zionkirche Ende 1987 in Berlin war ein Wendepunkt; 1988 wurde die „AG Skinhead“ einberufen, eine Ansammlung von Wissenschaftlern, Kripo-Beamten und Stasi-Mitarbeitern, die systematisch das Problem der faschistischen Jugendkultur angehen sollten. Dies geschah und es kam zu einer Aufarbeitung; es wurden über 500 Gewalttaten im Jahr diesem Spektrum zugeordnet. Auch wurde belegt, dass es zwar Verbindungen zwischen West- und Ost-Nazis gab, diese aber keine Existenzbedingung für die Organisationen in der DDR bildeten. Konsequenzen hatten die Forschungsergebnisse in der Praxis kaum.

Am 3. Januar 1990 forderten über 250.000 Menschen in Berlin eine konsequente Bekämpfung der gewaltbereiten faschistischen Bewegung. Die Staatssicherheit verfolgte Nazigruppierungen, die in ihrer Militanz auch zunahmen, brachte sie vor Gericht und ins Gefängnis, versuchte aber auch, diese Fälle geheim zu halten. Ergebnis davon war, dass viele der Gewalttäter teilweise nur wegen „Rowdytum“ verurteilt wurden. Nach der Annexion wurden Dokumente der Stasi, Kripo und SED den neu gegründeten Landeskriminalämtern zugänglich gemacht, die dies aber verharmlosten und entpolitisierten, obwohl sich zum Zeitpunkt von 1991 schon deutlich die Gefahr der folgenden Serienmorde und Pogromstimmungen abzeichnete, die später als die Baseballschlägerjahre bekannt werden sollten. Außerdem wurden die schon vorher in Ansätzen existierenden Verbindungen zwischen militanten Nazistrukturen systematisch aufgebaut, was das Fundament für die heutige faschistische Bewegung sein sollte.

10. Die DDR als Friedensstaat

10.1 Einleitung

Entsprechend ihres antifaschistischen und antiimperialistischen Selbstverständnisses verschrieb sich die DDR vom Tag ihrer Gründung an der Sicherung des Friedens und der Völkerfreundschaft. Und tatsächlich war dieser Grundsatz nicht nur abstrakte Handlungsmaxime in Regierungsdokumenten, sondern wurde in jeder Sphäre des gesellschaftlichen Lebens propagiert, war Teil der Erziehung und wurde in Massenorganisationen praktisch umgesetzt.

Die Verpflichtung zum Frieden war im sozialistischen Deutschland allgegenwärtig. Die DDR- Politik bemühte sich nach außen stets um gute diplomatische Beziehungen mit allen (benachbarten) Staaten. Das zeigte sich schon allein daran, dass die DDR nach ihrer Gründung praktisch mit dem nach Osten gerichteten Großmachtstreben der vorangegangenen deutschen Staaten brach, indem sie, ganz im Gegensatz zur BRD, schon kurz nach Staatsgründung die polnische Grenze als dauerhafte Friedensgrenze anerkannte. Aber auch darüber hinaus war das sozialistische Deutschland stets um gute Beziehungen bemüht – nicht nur mit Staaten des sozialistischen Lagers, auch im Umgang mit den kapitalistischen Nachbarn gab man sich durchaus diplomatisch, wenngleich distanzierter.

Außerdem war sie fester Bestandteil von Erziehung und Bildung, ob in der Schule oder den Jugendorganisationen. Staatliche Bildung sollte sowohl produktive Arbeit, als auch theoretische Schulung verbinden, wozu auch Frieden als Ideal des sozialistischen Aufbaus zählte. Statt Konkurrenzdenken und blindem Nationalstolz, wurde internationale Solidarität und Völkerfreundschaft vermittelt. Krieg und seine Folgen wurden nicht, wie im bürgerlichen Staat, als unvermeidliche Übel der internationalen Politik, sondern als das Ergebnis der imperialistischen Konkurrenz behandelt, das sie sind.

Die Freundschaft zwischen den Völkern, die man auf staatlicher und diplomatischer Ebene ständig auszubauen suchte, wurde auch in Erziehung und Propaganda stetig aufgegriffen und in die Massen getragen. So wurden die zahllosen Unterstützungskampagnen für antiimperialistische Kämpfe auf der ganzen Welt stets von Aufklärungsarbeit und Solidaritätsaufrufen in den Massenorganisationen und der Bevölkerung begleitet und finanzielle Hilfe wurde oftmals durch Spendenkampagnen unter den werktätigen Massen unterstützt – zwischen '61 und '89 spendeten die Bürger der DDR rund 3,5 Mrd. Mark an das Afro- Asiatische- Solidaritätskomitee.

10.2 Internationale Solidarität in der Praxis

Die materielle wie politische Unterstützung antiimperialistischer nationaler Befreiungsbewegungen oder sozialistischer Staaten im Aufbau, die vonseiten der DDR geleistet wurde, ist etwas, das in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oftmals heruntergespielt oder durch den Dreck gezogen wird. Tatsächlich ist die kontinuierliche Arbeit auf diesem Gebiet mehr als beeindruckend.

Nicht nur, dass sie von breiten Solidaritätskampagnen innerhalb der eigenen Bevölkerung begleitet wurde, sie leistete auch umfassende Hilfen, in den verschiedensten Bereichen. Einerseits durch Unterstützung mit militärischer Ausrüstung, Erfahrung und Ausbildung durch die NVA oder das MfS, aber auch durch medizinische Hilfen. Auch konnten zahlreiche Befreiungsbewegungen weltweit auf finanzielle Unterstützung und Entwicklungshilfen aus der DDR zählen. Während des algerischen Befreiungskrieges bspw. wurden rund 18 Mio. DDR- Mark an Spenden aus der Bevölkerung als finanzielle Hilfen gesammelt, verwundete Kämpfer wurden in der DDR kostenlos behandelt.

Viele junge sozialistische Staaten, besonders in Afrika, konnten außerdem auf die Unterstützung des sozialistischen Deutschlands setzen, ging es um Hilfen im Aufbauprozess. So bildete die DDR über Jahrzehnte kostenlos Facharbeiter in verschiedenen Bereichen und medizinisches Personal aus oder

stellte Studienplätze zur Verfügung, um noch fehlende Möglichkeiten in den Heimatländern auszugleichen. Im Gegensatz zur kapitalistischen Entwicklungshilfe von IWF und Co. leistete die DDR damit tatsächlich oftmals einen sinnvollen Beitrag zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft, ohne die entsprechenden Länder damit in wirtschaftliche Abhängigkeiten zu treiben. Die Völkerfreundschaft der DDR war also nicht zu vergleichen mit der im Westen propagierten „Völkerverständigung“, die den tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Interessen entgegensteht.

Außerdem bot die DDR in großen Mengen politisch Verfolgten und Unterdrückten Asyl, nicht selten während die Herrschenden der BRD die Diktaturen unterstützte, vor denen sie flohen, wie zum Beispiel in Chile '73. Zehntausende Geflüchtete aus Afrika, Südamerika und Asien wurden in der DDR freundschaftlich aufgenommen und erhielten neben Asyl auch eine Existenzgrundlage durch erleichterten Zugang zu Bildung und Ausbildungsplätzen, sowie einer sicheren Arbeitsstelle.

10.3 NVA ist nicht ostdeutsche Bundeswehr

Klare Unterschiede zwischen dem sozialistischen Deutschland und den kapitalistischen Nachbarn zeigen sich nicht „nur“ im gesellschaftlichen Bewusstsein, sondern auch in der Struktur ihrer Armee. Entgegen der bürgerlichen Erzählung vom Unrechtsstaat DDR kann selbst die NVA, als Armee des sozialistischen Deutschlands, nicht prinzipiell als Zeichen des Bruchs mit friedlichen Werten herangezogen werden. Zwar können auch in der DDR die Aufwendungen für Aufrüstung definitiv kritisch betrachtet werden, trotzdem hält kein Vergleich mit den kapitalistischen Nachbarn im Westen wirklich stand. Vor der Gründung der Nationalen Volksarmee gab es in der DDR kein vergleichbares militärisches Organ. Am nächsten kam dem noch die kasernierte Volkspolizei, die in Auftreten und Ausstattung eher heutigen Bereitschaftshundertschaften gleichkam und nur deutlich seltener überhaupt auf den Plan traten. Die Gründung der NVA war, wie bereits Jahre zuvor festgelegt, direkt an die Wiederbewaffnung der BRD und deren Beitritt zur NATO 1955 gekoppelt. Die NVA sollte damit im Notfall das Fortbestehen des sozialistischen deutschen Staates sichern können und einer eventuellen Bedrohung durch die Wiederbewaffnung der BRD entgegenwirken.

Die Nationale Volksarmee hatte, entgegen den (durchaus offen erklärten) Zielen der Bundeswehr oder vergleichbarer Armeen nicht den Auftrag, die Interessen des eigenen Staates in der internationalen Konkurrenz durchzusetzen, sondern vielmehr die eigene territoriale Integrität und das Fortbestehen des Sozialismus zu sichern. Während dieser Fakt in der bürgerlichen Erzählung der zwei deutschen Diktaturen logischerweise keine Beachtung findet, gilt es doch hervorzuheben, dass die NVA tatsächlich die einzige deutsche Armee ist, die nie Krieg führte.

Während die Bundeswehr maßgeblich von Nazi- Generälen aufgebaut wurde, sich in der Tradition früherer deutscher Heere sah und sich an z.B. an der Wehrmacht als Vorbild orientierte, setzte man im Osten entsprechend des antifaschistischen Selbstverständnis der DDR alles daran, aktiv mit dieser Geschichte zu brechen. Zwar griff man zum Teil auch im Osten auf bestehendes Wissen alter Militärs zurück, allerdings versuchte man lediglich, solche Alt-Militärs einzubeziehen, die in antifaschistischen Frontschulen in Kriegsgefangenschaft gewesen waren und arbeitete stetig daran, diese schnellstmöglich wieder aus führenden Positionen zu entfernen, sobald fähige Nachfolger ausgebildet waren. Auch war die NVA die ersten Jahre ihres Bestehens eine reine Freiwilligenarmee, erst ab 1962 wurde die Wehrpflicht, bzw. die Pflicht zu zivilen Wehersatzdiensten eingeführt. Sie war aktiver Teil der Unterstützung nationaler und antiimperialistischer Befreiungsbewegungen. Zwar führte sie keine Auslandseinsätze durch, unterstützte aber dennoch mittels militärischer Erfahrung und Ausbildung und war entsprechend in vielen Ländern weltweit präsent und leistete wichtige Arbeit vor Ort.

11. Politisches Ende und politische Annexion der DDR

Heim ins Reich 2.0

Die BRD hat die Existenz eines zweiten, sozialistischen Deutschlands niemals wirklich akzeptiert. Von der Staatsgründung der DDR bis zum Grundlagenvertrag, der u.a. die gegenseitige Anerkennung von Staatsgrenzen und diplomatischer Eigenständigkeit festschrieb, vergingen ganze 24 Jahre. Und selbst gegen diesen Grundlagenvertrag machte die CDU mobil, in deren Programm die „deutsche Einheit“ (also der Anschluss der DDR an die westdeutsche Marktwirtschaft) für die gesamte Zeit der Teilung festgeschrieben blieb. Der „Kanzler der Einheit“ Helmut Kohl (CDU) sprach schon in seinen ersten Reden nach Amtsantritt vollkommen selbstverständlich davon, so z.B. auch im Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1983:

„Wir haben eine Idee von der deutschen Nation, die unvereinbar ist mit dem Bild von Deutschland, das sich die amtliche DDR heute noch macht. [...] In dem freiheitlichen Menschenbild des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erkennen sich die Deutschen - ich meine, alle Deutschen – wieder.“

Grundvoraussetzung dafür, dass die großdeutschen Träume des BRD- Finanzkapitals noch zu Kohls Amtszeiten wahr werden konnten, war die Dekonstruktion der Sowjetunion von innen. Ab wann genau der Revisionismus endgültig in Moskau übernahm und mit welchen Persönlichkeiten und Ereignissen diese Prozesse einhergingen ist ein kontroverses Thema, komplex genug für 2-3 eigene Reader. Fakt ist jedoch, dass Michail Gorbatschow mit den Reformpaketen unter dem Namen Perestroika (russ. Umbau/ Umgestaltung) final zum Totengräber für die Führung und Einheit durch die KPdSU, die sozialistische Planwirtschaft nach leninistischem Vorbild und damit dem Sowjetsozialismus selbst wurde. Mit der Glasnost (Transparenz/ Offenheit) verabschiedete sich die KPdSU auch vom ideologischen Führungsanspruch. Die Einheit der UdSSR als sozialistischer Staatenbund wurde nicht mehr als oberstes Ziel verfolgt, wodurch die Transformation hin zur „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) bereits Ende der 1980er beginnen konnte.

Die SED hatte diesen weltpolitischen Entwicklungen aus unterschiedlichen Gründen wenig entgegenzusetzen. Schon Breschnew und Kossygin hatten 1970 mit dem Moskauer Vertrag auch Walter Scheels „Brief zur Deutschen Einheit“ unterschrieben, indem die BRD unmissverständlich klarmachte, dass ihre vermeintliche Anerkennung der Grenzen zur DDR nur ein vorübergehender diplomatischer Schachzug war, während die Einheit weiterhin festgeschriebenes Ziel der BRD blieb. So hatten für die westdeutsche Seite sowohl der Moskauer Vertrag als auch der Grundlagenvertrag mit der DDR 1973 rein symbolischen Charakter, eine finale Anerkennung, als die die SED den Vertrag ihren Bürgern verkaufen wollte, hatte es aber nie gegeben, nur ein taktisches Abwarten auf den geeigneten Moment.

Das Anfang vom Ende der DDR, schon bevor Gorbatschow sich zum engen Freund von Thatcher, Reagan und Kohl machte, war die Ölpreiskrise 1973. Da die Ölpreise in Ostblockstaaten im Rhythmus der 5- Jahrespläne festgelegt wurden traf diese die DDR erst mit Beginn der 1980er, dafür aber umso heftiger. Hatte die ostdeutsche Planwirtschaft in den Jahren davor beachtliche Erfolge bei Industrialisierung und Wiederaufbau erzielt, stieg der Erdölpreis jetzt um das 13- fache, was die Kosten für Energie, Sprit aber auch Braunkohleförderung entsprechend explodieren ließ. Die Entscheidung der SED die Subventionen für die Mittel des alltäglichen Bedarfs so anzupassen, dass Mieten und Lebensmittelpreise konstant blieben, bedeutete allerdings auch, dass Konsumgüter wie z.B. Farbfernseher komplett unbezahlbar wurden und auch notwendige Investitionen in die Modernisierung von Industrie und Infrastruktur auf der Strecke blieben. Dominierten bis in die 1970ern noch Aufbruchstimmung und Optimismus angesichts des stetig steigenden Lebensstandards, machte sich mit der Krise erstmals Stagnation und Ernüchterung breit.

Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wurde neben der ökonomischen Krise auch auf politischer Ebene durch einschneidende Ereignisse angefacht: Nach einem Konzert in Köln im November 1976 war der, immer wieder mit kritischen Äußerungen aufgefallene, Sänger Wolf Biermann vom Politbüro der SED ausgebürgert worden. Daraufhin hatte es unter Kulturschaffenden in der ganzen DDR erhebliche Proteste gegeben. Sowohl Biermann selbst, als auch diejenigen, die gegen seine Ausweisung protestierten, machten unmissverständlich klar, dass sich ihre Kritiken damals nicht gegen Sozialismus und DDR, sondern für deren Verbesserung einsetzen wollten. Statt darauf einzugehen, reagierte die SED jedoch mit drakonischen Strafmaßnahmen wie weiteren Verhaftungen, Hausarrest und Ausweisungen gegen kritische Künstler. Als Folge verließen bis Anfang der 1980er Jahre hunderte Kulturschaffende die DDR oder wurden ausgewiesen.

Mitten in diese, international diskutierte, Kontroverse um Kunst- und Meinungsfreiheit in der DDR scheppte also die größte Wirtschaftskrise ihrer Geschichte, innerhalb derer neben Modernisierungen in der Wirtschaft auch die Weiterentwicklung der demokratischen Teilhabe der Arbeiter an dieser Wirtschaft zunehmend vernachlässigt wurde. Ab 1985 begannen dann die Revisionisten um Gorbatschow mit der endgültigen Demontage der UdSSR, wodurch sich hier ein neuer Nationalismus u.a. im Baltikum in medienwirksamen Massenprotesten äußern konnte. Vom Westfernsehen, aber auch aus den von der Kontrolle der KPdSU zunehmend entbundenen sowjetischen Medien prasselten von allen Seiten die Meldungen über den Protest gegen den vermeintlich unfreien Sozialismus auf die DDR- Bürger ein, die gleichzeitig erstmalig in der Landesgeschichte auch mit einer tatsächlichen Stagnation ihres Lebensstandards und ihrer politischen Teilhabe konfrontiert waren.

Das Politbüro der SED (seit 1971 im wesentlichen unter der gleichen Führung des Zirkels rund um Erich Honecker) lehnte die Perestroika zwar zurecht als unsozialistisch ab, schaffte es allerdings auch nicht alternative Reformansätze auf Massenslinie zu finden, um das Ruder noch einmal herumzureißen. Als verunsichert abwartende Untätigkeit ist die Reaktion der SED auf die Umwälzungen der späten 1980er- Jahre wohl am treffendsten zusammengefasst.

Dennoch ist fast alles, was sich zum Zustand der DDR- Führung Mitte bis Ende der 1980er in bürgerlichen Quellen findet, größter Unfug: Honecker war mitnichten „Diktator“, weite Teile der DDR- Gesellschaft waren auch 1989 noch nach demokratischem Zentralismus organisiert. Außerdem war die DDR in deutlich geringerem Maß verschuldet als z.B. die BRD und auch im Oktober 1989 weit davon entfernt „zahlungsunfähig“ zu sein, wie es der Westen bis heute mantrahaft herunterbetet. Angesichts der Tatsache dass der ehemalige Bruderstaat Sowjetunion die DDR aufgegeben hatte, sich der gesamte RGW in (Selbst-) Auflösung befand und die BRD seit 1949 auf die Annexion hingefiebert hatte, bleibt es dennoch Spekulation ob im Jahr 1989 eine „bessere Regierung“ den Sozialismus in der DDR langfristig hätte retten können.

Die später zur „friedlichen Revolution“ verklärte Protestwelle speiste sich zunächst gar nicht primär aus der Unzufriedenheit mit der SED an sich, sondern v.a. aus bürgerlichen Pazifisten (z.B. „Frieden schaffen ohne Waffen“) die gegen Militärparaden, Wehrpflicht oder Umweltzerstörung auf die Straße gingen. Diese Proteste wurden gegen Ende der 1980er zu einem Sammelbecken für zahlreiche marxistische und bürgerliche Kritiker innerhalb der DDR und erhielten gewaltigen Aufschwung mit der Massenflucht über Ungarn seit Sommer und dem Fall der Mauer im November 1989. Ganz davon abgesehen, dass friedliche Großdemonstrationen auf denen in Spitze 70.000- 100.000 Teilnehmer Reformen einfordern rein gar nichts „revolutionäres“ haben, war es genau diese innenpolitische Instabilität des Ostblocks das Momentum, auf das die Kohl- Regierung jahrelang gewartet hatte. Die „friedliche Revolution“ war in erster Linie Westprodukt.

Die Kohl- Regierung der BRD beeilte sich angesichts der günstigen Gelegenheit Nägel mit Köpfen zu machen, schließlich war Helmut Kohl persönlich in einer als „Flick- Affäre“ bekannten Korruptionsskandal angeklagt- nur das Wunder „Wiedervereinigung“ versprach Aussicht auf

Wiederwahl. So wurde schon 1988 das Begrüßungsgeld für in den Westen abgewanderte DDR-Bürger mehr als verdreifacht, von zuvor 30 auf 100 DM (in DDR- Mark etwa 350- 500 DDM, 5-6 durchschnittliche Monatsmieten im Osten), zusammen mit zahlreichen weiteren Verlockungen wie Vermittlung von Wohnungen und sofortiger Arbeitserlaubnis.

Das Politbüro glänzt in dieser Zeit v.a. durch Untätigkeit, was am 18. Oktober zur Absetzung Honeckers durch seine Parteigenossen Krenz, Modrow und Mielke führte. An die Spitze der politischen Umwälzungen in der DDR können sich allerdings weder Krenz, noch Modrow setzen, dafür war das Tempo, in dem die BRD an der Annexion arbeitete viel zu hoch.

Denn schon mit der Maueröffnung im November leitete die West- CDU die nächsten Schritte ein: Als Teil des „Aktionsplans zur Deutschlandpolitik“ werden hunderttausende Plakate und Aufkleber mit dem Slogan „Wir sind ein Volk“ in den Osten gekarrt und wie durch ein Wunder wehen Kanzler Kohl schon bei seinem Staatsbesuch im in Dresden im Dezember 1989 dutzende westdeutsche Fahnen entgegen – befestigt an Stäben aus Bambus, die in die DDR nie importiert wurden. Die Fahnenträger skandieren „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland einig Vaterland“. Fahnen, Plakate und Parolen aus dem Westen vermehren sich fortan auf den Massenprotesten der DDR- Bürger, von denen laut SPIEGEL/ ZDF- Umfrage Ende 1989 immer noch 71% gegen die Einheit sind. Das hält die Kohl- Clique im Westen jedoch nicht davon ab schon Ende November 1989 ihr Zehn- Punkte- Programm mit dem Endziel deutsche Einheit vorzustellen - worüber nebenbei bemerkt nicht einmal der Bundesaußenminister Genscher im vornherein wusste.

Im Dezember 1989 garantiert Gorbatschow dann dem amerikanischen Präsidenten Bush senior, dass er den Reformprozessen in Mitteleuropa nicht im Weg stehen wolle, womit er indirekt jede diplomatische oder sogar militärische Gegenwehr gegen die absehbare westdeutsche Annexion ausschließt, was er im Januar 1990 auch DDR- Ministerpräsident Modrow mitteilte. Als der berühmte Zentrale Runde Tisch der DDR (auch besetzt mit Oppositionsvertretern) seine Verhandlungen zu Verfassungsänderungen und „freien Wahlen“ nach liberal- demokratischem Vorbild aufnahm, musste bereits einigen der weitsichtigeren Anwesenden klar gewesen sein, dass sie an einem reformierten Staat arbeiteten, den die BRD nicht akzeptieren und die Sowjetunion nicht verteidigen würde. Nichtsdestotrotz wurde gemeinsam beschlossen die nächste Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 vorzuverlegen und nach westdeutschen Standards (inklusive Wahlkampfzirkus) abzuhalten.

Währenddessen war man in Bonn 10 Schritte weiter. Schon am 29.01.1990 legte der Referatsleiter für Währungsfragen im Finanzministerium, ein gewisser Herr Thilo Sarrazin (SPD), seinem Vorgesetzten, dem Staatssekretär Horst Köhler, seine „Gedanken zu einer unverzüglichen Einbeziehung der DDR in den D-Mark-Währungsraum“ vor. Das 14 Seiten dünne Strategiepapier wurde, ohne je durch ein Parlament (geschweige denn ein ostdeutsches) gegangen zu sein, zur Blaupause für die Währungsunion 1990. Kurz darauf, Anfang Februar 1990, ließ Kohl sich von seinem Lieblingspropagandisten Karl Schumacher die Personalakten der Ost- CDU in seine Parteizentrale bringen, wo gemeinsam ein Wahlbündnis mit dem Namen „Allianz für Deutschland“ geschmiedet wird, dass sie mit dem eingängigen Slogan „Nie wieder Sozialismus“ ausstatten.

In den anstehenden „freien Wahlkampf“ zur Volkskammerwahl 1990, der durch den vorgezogenen Termin extrem verkürzt ist, investieren die West- Parteien insgesamt 7,5 Millionen DM, davon stolze 4,5 Millionen allein die CDU. Angesichts solch gewaltiger Kosten für nur einen Monat Wahlkampf wenig überraschend, holt die Allianz für Deutschland bei der Wahl 48% der Stimmen und stellt mit Lothar de Maiziere (CDU- Ost) den neuen DDR Ministerpräsidenten. Damit regierte die CDU in beiden deutschen Staaten die CDU und die Umsetzung von Kohls Einheitsplänen war nur noch Formsache. Schon zwei Monate nach der Wahl, am 18. Mai 1990, unterschrieben BRD- Finanzminister Theo Waigel und der neue DDR- Finanzminister Walter Romberg (SPD – Ost) den

Staatsvertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und erhoben damit u.a. die Währungsunion, für die die Pläne schon seit Januar fertig ausgearbeitet auf Bonner Schreibtischen gelegen hatten, in „demokratisch legitimierten“ Gesetzesrang. Auf die desaströsen Folgen dieser, am 01. Juli 1990 in Kraft tretenden Währungsunion, wird im nächsten Kapitel ausführlich eingegangen werden.

Wiederum nur zwei Wochen später, vom 14.- 16. Juli 1990, trafen sich Kohl und Gorbatschow im Kaukasus, parallel zu den zeitgleich stattfindenden „2+4 Gesprächen“, in denen die deutsche Einheit mit den Alliierten koordiniert wurde, die beide deutsche Staaten zu diesem Zeitpunkt noch mit erheblichen Militärkontingenten besetzt gehalten hatten. Die endgültige Zustimmung von Sowjetseite zu „deutscher Einheit“ und zum NATO - Beitritt des geeinten Deutschlands war zu diesem Zeitpunkt nur noch Formsache. Gorbatschow und die KPdSU konnten sich selbst nur noch ein weiteres Jahr halten, bevor die Sowjetunion endgültig zusammenbrach.

Mit Unterzeichnung des 2+4- Vertrages in Moskau am 12. September 1990 stand Kohls Annexionsplänen (und damit seiner Wiederwahl als „Kanzler der Einheit“ im Dezember 1990) nichts mehr im Wege. Die Annexion hat auch rein juristisch nichts mit einer „Wiedervereinigung“ von zwei getrennten Staaten zu tun: Sie erfolgte auf Grundlage von Artikel 23 des GG, der den Beitritt von neuen Bundesländern zur BRD regelte. Die DDR wurde also offiziell in Form der 5 neuen Bundesländer dem bestehenden Staatswesen der BRD mit seinen Institutionen, seiner Verfassung, diplomatischen Beziehungen etc. einverleibt, von ihren eigenen Gesetzen und Institutionen blieb nichts übrig. Daran, dass diese 5 Bundesländer offiziell erst seit dem 14.10.1990 existieren, scheint sich bis heute niemand ernsthaft zu stören.

12. Wirtschaftliche Annexion der DDR

„Ökonomische Atombombe“ statt „blühender Landschaften“

12.1 Einführung

Kaum ein Name ist so eng mit der Erfahrung von Erniedrigung und wirtschaftlichem Niedergang in Ostdeutschland verbunden wie der, der Treuhandanstalt. Innerhalb weniger Jahre verwandelte die Treuhand die zweitstärkste Volkswirtschaft der RGW - Staaten in eine dystopische Landschaft, geprägt von Deindustrialisierung, Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Ein Bild, an dem sich sich vielerorts bis heute wenig geändert hat, seit die Treuhand 1994 ihre Arbeit eingestellt hatte. Um dieses Kapitel der Annexion besser verstehen zu können, müssen eingehend zunächst einmal die Begriffe geklärt werden – was war die Treuhandanstalt überhaupt? Treuhänder ist ein alltäglicher juristischer Begriff. Über ein Treuhandverhältnis wird geregelt, dass eine dritte Instanz berechtigt ist für eine Person oder Institution Rechtsgeschäfte zu übernehmen, in der Regel geht es dabei um Finanzen. Es bestimmt also eine dritte Instanz innerhalb eines festgelegten zeitlichen und juristischen Rahmens über Geld und oder Eigentum, das ihr eigentlich nicht gehört.

In der DDR tauchte dieser Begriff das erste mal am Zentralen Runden Tisch (s. 10) auf, an dem die DDR- Opposition ihre Visionen für eine reformierte DDR diskutierte. Die Initiative „Demokratie Jetzt“, ein Zusammenschluss aus verschiedenen oppositionellen Organisationen, forderte, dass im Einigungsprozess das Volkseigentum in Kapitalgesellschaften umgewandelt werden solle, an denen die DDR- Bürger jeweils Anteilsscheine erhalten sollten. Diese Kapitalgesellschaften sollten wiederum von einer Treuhandgesellschaft verwaltet werden. Eine solche Treuhandgesellschaft wurde schon am 01.03.1990 gegründet und zunächst mit der Aufgabe betraut die riesigen, planwirtschaftlichen Kombinate in auf die Marktwirtschaft zugeschnittene Betriebe zu entflechten.

12.2 Das Treuhandgesetz

Das spätere Treuhandgesetz wurde von einer sechsköpfigen (größtenteils westdeutschen) „Expertenkommission“ innerhalb weniger Tage zwischen der Unterzeichnung des Staatsvertrags über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 18. Mai 1990 und der Vorstellung des fertigen Gesetzentwurfes in der Volkskammer am 07. Juni erarbeitet. Die seit der Wahl im März 1990 mehrheitlich von der CDU („Allianz für Deutschland“) besetzte Volkskammer winkte es, trotz teils heftiger Kritik, als eine ihrer letzten Amtshandlungen am 17. Juni 1990 durch. Statt sich, wie „Demokratie Jetzt“ es gefordert hatte, zumindest am in der DDR- Verfassung festgeschriebenen Eigentum des Volkes an den VEBs und LPGs zu orientieren, legte das Gesetz nun die Ziele im vorausseilenden Gehorsam ans westdeutsche Kapital fest:

- Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen bei gleichzeitiger Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Bereitstellung von Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke
- Nutzung des volkseigenen Vermögens für wirtschaftliche Strukturanpassungen und Sanierung des Staatshaushaltes
- Einräumung eines Anteilsrechts am eventuell verbleibenden volkseigenen Vermögen für Bürgerinnen und Bürger der DDR nach Abzug der Anpassungs- und Sanierungskosten.

Der ursprüngliche Hauptzweck der Treuhandanstalt (im Folgenden kurz: THA), der Transfer der verfassungsrechtlich festgelegten Vermögensverhältnisse in die Marktwirtschaft, tauchte somit im offiziellen Gesetzesentwurf nur noch als Eventualität am Abschluss der Abwicklung auf.

12.2 Währungsunion 1990

Zeitgleich mit dem Treuhandgesetz trat am 01.07.1990 auch die Währungsunion in Kraft. Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt kam auch die „Planung“ dazu aus den Zirkeln rund um die Regierung Kohl in Bonn und wurde mit einer Vehemenz auf Zeitdruck durchgedrückt, die Honecker vor Neid hätte erblassen lassen. Sarrazins innerhalb von 4 Tagen „erarbeitetes“ Strategiepapier zur Währungsunion sah als Mängel an der DDR- Volkswirtschaft u.a. die hohe Industrialisierung und die Vollbeschäftigung. Die neoliberale BRD - Marktwirtschaft fußte hingegen auf Outsourcing und dem Drücken der Lebensstandards und Löhne, durch die allgegenwärtige Bedrohung ins millionenstarke Heer der Arbeitslosen abzurutschen. Entgegen der Empfehlung der Bundesbank, die Währungsunion zum tatsächlichen Wechselkurverhältnis von etwa 1 Westmark zu 5 Ostmark einzuführen, entschied die Bande um Kohl und Sarrazin sich für einen Wechselkurs von 1:1 (mit einigen wenigen Ausnahmen).

Vorausgegangen war der übereilten Währungsunion eine Lügenkampagne von westdeutschen Politikern: Die DDR sei hoffnungslos verschuldet und faktisch zahlungsunfähig, ohne sofortige Einführung der DM wäre ihre gesamte Volkswirtschaft verloren. Tatsächlich betrug die Staatsverschuldung der DDR 1989 etwa 77 Milliarden DM (19% des BIP), eine Summe die angesichts der BRD – Staatsverschuldung von 475 Milliarden DM (42% des BIP) nahezu lächerlich erscheint. Folgerichtig gab es in der DDR zwar eine wirtschaftliche Krisensituation (s. 10), aber keine die den Staat in existenzielle Nöte gebracht hätte.

Die Währungsunion war vielmehr ein besonders plakatives Beispiel dafür, wie die BRD schon im Prozess der Annexion begonnen hatte, die Geschichte in ihrem Sinne umzuschreiben. Denn mit Eintreten der „Union“ am 01.07.1990 war die ostdeutsche Volkswirtschaft tatsächlich ruiniert. Keineswegs aufgrund der SED- Wirtschaftspolitik, sondern aufgrund der simplen Tatsache, dass die Einführung einer 4-5 fach stärkeren Währung im Kurs 1:1 eine Explosion sämtlicher Preise innerhalb von 24 Stunden (darunter Lohnkosten und Exportpreise) um etwa 400% bedeutete. Anschaulich erklärt: Ein VEB stellt exportorientiert Maschinen her und hatte diese vor dem 01.07.1990 zum Stückpreis von 10.000 Ostmark verkauft. Die Ostmark hörte ab dem 01.07. auf zu existieren, die gleiche Maschine musste jetzt für 10.000 DM- West verkauft werden. Nach Wechselkurs an den Finanzmärkten wären das allerdings 40.000 Ostmark, für das gleiche Produkt – ein Preis den logischerweise kein Abnehmer auf der Welt mehr bereit war zu zahlen. Im gleichen Verhältnis stiegen auch die Löhne.

Schon plötzliche Exportpreissteigerungen von 5-10% gelten als volkswirtschaftlich kaum verkraftbar, die 400% Preissteigerungen setzten Sarrazins Pläne der Deindustrialisierung und „Freisetzung von Arbeitskräften“ innerhalb weniger Wochen mit Gewalt durch: Zwei Drittel der ostdeutschen Betriebe waren mit Eintreten der Währungsunion sofort zahlungsunfähig, innerhalb weniger Wochen halbierte sich die Industrieproduktion und schon im März 1991 (als die THA gerade erst die Arbeit aufnimmt, für die sie bis heute berüchtigt ist) hatten Millionen von Ostdeutschen ihre Jobs verloren, weil die Betriebe ihre Löhne nicht mehr zahlen konnten. Schon 1990 beschrieb ein Wirtschaftskorrespondent der britischen Zeitung The Guardian die Währungsunion daher als „ökonomische Atombombe auf Ostdeutschland“.

12.3 Geschichte der Treuhand unter Rohwedder

Kohl hatte „blühende Landschaften“ versprochen und den Ostdeutschen eine Vernichtung von Produktivkräften beschert, die in ihrem Ausmaß nur mit den beiden Weltkriegen verglichen werden kann. Auf die so ruinierte ostdeutsche Volkswirtschaft wurde eine Treuhandanstalt losgelassen, die ab der vollzogenen politischen Annexion am 03. Oktober 1990 dem Bundesfinanzministerium unterstellt

war, die wiederum seit dem 03. Juli 1990 vom führenden, westdeutschen Stahlindustrie- Manager Detlef Rohwedder geleitet wurde.

Für das westdeutsche Großkapital ergab sich damit eine historisch einmalige Gelegenheit: Eine komplette, produktive Volkswirtschaft, 8000 Kombinate aufgesprengt auf knapp 40.000 Betriebsstandorte galt es zu „privatisieren“, also an die lieben Kollegen in den westdeutschen Führungsetagen zu verschachern. Den Gesamtwert schätzte Rohwedder selbst auf 600 Milliarden DM, wobei hierbei nur die VEBs eingerechnet waren. Zusammen mit LPGs, sowie dem Regierungsbesitz, den die THA „verwaltete“, dürfte der Gesamtwert des in ihrer Hand befindlichen Eigentums bei etwa 1,6 Billionen DM gelegen haben.

Das Machtverhältnis gegenüber dem Rechtsstaat hatte Chef- Geier Rohwedder dabei schon 1990 gegenüber der Volkskammer klar gemacht. Er wisse zwar um den Passus im Treuhandgesetz, der die Schaffung von Aktiengesellschaften mit Anteilsscheinen für DDR - Bürger vorsah. Doch, wie Dr. Manfred Balz, von 1990-93 Chefjurist der THA, es später vor dem Treuhand-Untersuchungsausschuss formulierte: *„Ich meine, es war ein heilsamer Ungehorsam gegenüber dem Gesetz, als Rohwedder der Volkskammer sagte, dass dies nicht geht und der das nicht zu tun gedenke.“* Dieser heilsame Ungehorsam wurde später von höchster Stelle abgesegnet. Auf Wunsch der THA-Manager stellte Finanzminister Theo Waigel (ihr oberster Vorgesetzter) sie „von der Haftung für grobe Fahrlässigkeit frei“ – was im Klartext nichts anderes bedeutete als ein Freifahrtschein zum Rechtsbruch, der hemmungslos ausgenutzt wurde. Nur eine Handvoll der unglücklicher und unbedeutender THA- Mitarbeiter wurden für ihre Geschäfte je vor Gericht gestellt. Der einzige, der jemals angemessen für seine Treuhand- Verbrechen zur Rechenschaft gezogen wurde, war Rohwedder selbst: Er haftete am 01. April 1991 in Form einer 7,62 × 51 mm NATO- Gewehrpatrone durch seine Brustwirbelsäule, eine solidarische Spende des RAF- Kommandos Ulrich Wessel.

12.4 Geschichte der Treuhand unter Breuel

Den ökonomischen Annexionsprozess konnte Rohwedders Tod selbstverständlich nicht aufhalten, seine Nachfolgerin Birgit Breuel machte dort weiter, wo er aufgehört hatte – nur schneller. Gerade der hauptverantwortliche Finanzminister Weigel mahnte fortwährend die größtmögliche Geschwindigkeit an, um gleich 3 Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Je schneller die DDR-Volkswirtschaft abgewickelt wurde, desto unwahrscheinlicher war es, dass irgendjemand die Lügenmärchen von der „Zahlungsunfähigkeit“ noch einmal nachrechnen würde, desto effizienter konnte man die CDU - Machtbasis im Industriekapital mit milliardenschweren Geschenken aus dem Osten auf Linie halten und desto rascher war Kapitel „Abwicklung der DDR – Wirtschaft“ unwiederbringlich abgeschlossen, mitsamt der damit verbundenen schlechten Presse über Massenarbeitslosigkeit und Treuhand- Korruption.

Um die Arbeit anzutreiben, machte Weigel den THA- Managern neben der Straffreiheit noch ein weiteres Geschenk: Das Finanzministerium zahlte Boni aus, die höher ausfielen, je schneller ein Posten privatisiert war. An das Treuhandgesetz brauchte sich also niemand zu halten, Hauptziel war folglich die schnellstmögliche Abwicklung ohne Rücksicht auf Verluste. Doch nicht nur der Verkäuferseite, auch der Käuferseite machte das Bundesfinanzministerium gewaltige Geschenke: So übernahm die Treuhand u.a. sämtliche „Altschulden“ der ehemaligen DDR- Betriebe, sowie die Lohnkosten für den Zeitraum der Übernahme und des angedachten marktwirtschaftlichen Umbaus. Darüber hinaus gab es keinerlei Preisvorschriften, was die THA für die jeweiligen Betriebe verlangen musste. So gingen tausende ehemals gut laufende VEBs für „symbolische Preise“ weit unter Sachwert der dazugehörigen Grundstücke, Immobilien und Maschinen vom ostdeutschen Volkseigentum in die Hände des westdeutschen Großkapitals.

Dass die potentiellen Käufer bei all dem Zeitdruck wenig bis gar nicht überprüft wurden versteht sich von selbst. Noch zu Rohwedders Zeiten erschien ein SPIEGEL- Artikel, der den Treuhand- Vorstand im Büro eines erfolgreichen Hamburger Unternehmensberaters bei der Arbeit beschrieb: „*In dessen Büro am Hamburger Rathausmarkt ging es zeitweilig zu, wie bei einer Partnervermittlung. Treuhand-Vorstand Wolfram Krause las von einer langen Liste einen Firmennamen vor und Rohwedder fragte „Wer kennt einen, der dazu passt?“*“. Die von der Treuhand zur Bewertung von Ostbetrieben beauftragte Unternehmensberatung KPMG zum Beispiel kannte sehr viele Manager bei Siemens (schließlich war die Siemens AG selbst einer ihrer zahlungskräftigsten Kunden). Da KPMG - Berater bei diesen Deals praktischerweise als Verkäufer- und Käufer- Vertretung gleichzeitig auftreten konnten, erwarb Siemens fast die gesamte ostdeutsche Elektroindustrie (insgesamt 16 Großbetriebe) zum lächerlichen Preis von insgesamt 250 Millionen DM. Um deutlich zu machen, wie rentabel dieses Geschäft für die westdeutschen Ex - KZ – Eigentümer gewesen ist, ein kleines, lokales Rechenbeispiel: Der Leipziger Zweig des Kombinats Starkstrom- Anlagenbau Leipzig- Halle hatte zum Kaufzeitpunkt noch Anlagen im Wert von ca. 30 Millionen DM im Bestand. Siemens Kaufpreis für den Leipziger Betrieb mitsamt Produktionsmitteln, -flächen, Immobilien und Produktbestand: 8 Millionen DM.

Den größten marktwirtschaftlichen Nutzen zogen die westdeutschen Käufer nicht daraus, die erworbenen Betriebe weiterzuführen, sondern alle brauchbaren Produktionsmittel in den Westen zu schaffen und sich dann mit der massenhaften Schließung ganzer Industriezweige neue Absatzmärkte bei gleichzeitig verringertem Angebot, sowie Millionen von „freigesetzten“ Arbeitskräften zu sichern. Ein Milliardengeschäft, bei dem jedes Risiko (inklusive z.B. notwendiger Umweltsanierungen) über die THA an den gesamtdeutschen Steuerzahler ausgelagert wurde.

Noch abenteuerlicher wurden die THA- Geschäfte dort, wo niemand in der Zentrale „jemanden kannte, der dazu passt“. Ein besonders plakatives Beispiel: Der Wärmeanlagenbau Berlin (WBB): 1200 Angestellte, Substanzwert etwa 160 Millionen DM. Nachdem die THA diesen Wert künstlich kleingerechnet hatte, wurde die WBB 1991 an den dubiosen (westdeutschen) Geschäftsmann Michael Rottmann für den „symbolischen Preis“ von 2 Millionen DM verkauft. Kurz vor dem Verkauf hatte die ebenfalls korrupte WBB- Geschäftsführung Rottmanns Schweizer Briefkastenfirma jedoch exakt 2 Millionen DM für „Beratungsleistungen“ überwiesen, sodass dieser den ehemaligen DDR- Großbetrieb effektiv geschenkt bekam. Als neuer Eigentümer vergab Rottmanns Schweizer Briefkastenfirma Kredite in Millionenhöhe an weitere seiner Briefkastenfirmen, u.a. in der Schweiz und in Liechtenstein, bis die Firmenkonten restlos geplündert waren und die WBB zahlungsunfähig. Im Anschluss entließ Rottmann sämtliche Angestellte und kassierte für die Immobilien und Grundstücke der WBB im Verkauf weitere 147 Millionen DM. Nachdem er die anschließenden Jahre in feinsten Hollywood Bösewicht- Manier auf seiner Yacht in der Karibik verbrachte, wurde Rottman 2009 tatsächlich wegen Veruntreuung von einem deutschen Gericht zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt. Eine Strafe, die er allerdings nie antreten musste weil der Bundesgerichtshof sie 2010 wieder aufhob – die Verbrechen waren inzwischen verjährt.

Auf diesen wenigen Seiten lassen sich nur die historischen Grundvoraussetzungen grob umreißen, sowie einige Beispiele dafür erläutern, mit welcher Gier und krimineller Energie der Ausverkauf der Volkswirtschaft des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates vonstatten ging. Es sei an dieser Stelle dazu aufgerufen, sich im Selbststudium noch weiter mit den zahllosen Tragödien der wirtschaftlichen Annexion auseinanderzusetzen: sei es die Geschichte der Kali - Kumpel von Bischofferode, die versuchten ihre Grube durch einen Hungerstreik zu retten, der Verkauf der GRW- Teltow für den symbolischen Kaufpreis von 1(!) DM an den Strohmann eines Treuhand- Managers oder der Ausverkauf des DDR – Bankenwesens, bei dem sich westdeutsche Banken durch willkürliche Bilanzfälschungen mehrere 100 Milliarden DM angeblich anfallender „Altschulden“ aus Steuergeldern auszahlen ließen...

12.5 Die Folgen der wirtschaftlichen Annexion – Warum fühlen die Ossis sich so „unverstanden“?

Über die Folgen von Währungsunion und Treuhandpolitik wird heutzutage vor allem in idealistischen Kategorien diskutiert, so sprach Bundespräsident Steinmeier anlässlich des Festaktes zu 30 Jahren Wiedervereinigung von „*Ostdeutschen, die sich unverstanden fühlen und Westdeutschen, die davon nichts mehr hören wollen*“. Garniert wird diese ganze Bodenlosigkeit dann z.B. damit, dass es als Erfolg verbucht wird, dass die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland 2025 „nur noch“ bei 17% lag. Tatsache ist: Schon 1992, 2 Jahre nach der Währungsunion, war die ostdeutsche Industrieproduktion um sage und schreibe 73% eingebrochen. Wir hatten zuvor den Effekt der sogenannten „Währungsunion“ (Einbruch um ca. 50%) mit dem der beiden Weltkriege verglichen. Was die ökonomische Annexion dann final in Ostdeutschland anrichtete, ließ die Folgen des Ersten Weltkrieges für die Industrieproduktion des Deutschen Reiches (Einbruch um ca. 40%) wie einen Fliegenschiss aussehen.

85% der volkseigenen Betriebe wurden dabei in die BRD verkauft, gut 10% ans Ausland, nur knapp 5% gingen an Ostdeutsche, die es verstanden hatten die Machenschaften der Treuhand für sich auszunutzen. Von den ehemals 6 Millionen Werktätigen in der DDR hatten, als die Treuhand ihre Arbeit 1994 offiziell einstellte, nur noch 2,5 Millionen überhaupt einen Job, mehr als zwei Drittel der Bevölkerung wurden arbeitslos gemacht. Allein zwischen 1990-94 flohen 1,4 Millionen Ostdeutsche vor dieser Arbeits- und Perspektivlosigkeit in den Westen, zwischen 1990 und 2025 wanderte weiterhin rund ein Viertel der ostdeutschen Bevölkerung zwischen 18 und 30 Jahren in den Westen ab. Auch der Teil der Bevölkerung der blieb, hatte jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft verloren: Von 1989 bis 1991 sank die Geburtenrate in der ehemaligen DDR um ganze 60% - auch das keine Zahl die mit anderen Wirtschaftskrisen, sondern quantitativ nur mit den beiden Weltkriegen vergleichbar ist (ebenfalls ca. 60%).

Die THA erwirtschaftete aus dem ca. 1,6 Billionen DM- Eigentum unter ihrer Kontrolle ein sattes Minus von 256 Milliarden DM Schulden, die an den Bundeshaushalt weitergereicht wurden und bis heute nicht restlos abbezahlt sind. Innerhalb von vier Jahren wanderten also ca. 1,6 Billionen DM sozialistisches Eigentum und 256 Milliarden DM Steuergelder in die Taschen des westdeutschen Großkapitals. Dass sich somit die größten Nazi- Kollaborateure wie Siemens oder BASF ihr nach 1945 enteignetes Eigentum im Osten endlich zehnfach wieder zurückholen konnten, rundete die westdeutsche Leichenschändung am ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat auch ideologisch ab. Wer ob dieser Geschichte einer beispiellosen, imperialistischen Enteignung und Vermögensverteilung von Ost nach West noch nicht von der „demokratischen Erfolgsgeschichte Deutsche Einheit überzeugt ist“, muss Demokratie made in Germany einfach noch lernen.

13. Wer hat Angst vor der DDR?

Diskussionsaufschlag zur Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Bezugs auf die eigene, sozialistische Geschichte für die kommunistischen Aufbauorganisationen der BRD

Von der revolutionären Sozialdemokratie Liebknechts und Bebels über die USPD und KPD, durch die historische Zäsur des faschistischen Massenmordes auch an deutschen Kommunisten bis hin zu den sogenannten „K- Gruppen“ der 1970er und 1980er Jahre – so liest sich die historische Selbstverordnung der kommunistischen Bewegung in einem kürzlich erschienenen LCM- Artikel, in dem darüber hinaus viel vom sogenannten „Kontinuitätsproblem“ roter Gruppen die Rede ist, denen sich lebendig entwickelnde, politische Bezugspunkte aus dem eigenen Land mit Verbot der KPD 1956 quasi abhanden gekommen worden wären. Damit steht der Autor bei weitem nicht alleine da, erst im Sommer dieses Jahres durften wir staunend dem Vortrag einer bundesweiten, kommunistischen Struktur entnehmen, dass man in Deutschland ja leider Gottes keine direkten, historischen Bezugspunkte zum Sozialismus hat. Es hätte kein plakativeres Beispiel dafür geben können, dass „bundesweit“ in unserer Bewegung auch heutzutage noch in den meisten Fällen ein Synonym für „westdeutsch“ bleibt.

Die Tatsache, dass es von 1949 bis 1990 einen sozialistischen Staat in Deutschland gab, wird in öffentlichen Beiträgen von bzw. Diskussionen mit den meisten roten Organisationen geflissentlich ausgespart. Das Verhältnis unserer im Aufschwung befindlichen Bewegung zur eigenen, sozialistischen Geschichte ist dadurch maßgeblich von einem erstaunlichen Ausmaß an Ignoranz geprägt. Dabei ist diese Ignoranz kein Zufall, sondern Konsequenz aus über 35 Jahren harter, antikommunistischer Arbeit: Neben der totalen wirtschaftlichen und politischen Annexion der DDR wurden nach 1990 Tonnen von Büchern und Archivmaterial vernichtet, stolze DDR- Bürger aus sämtlichen Führungspositionen in Kulturbetrieb, Bildungswesen und Medienlandschaft entfernt und in den Städten hunderte Symbolbauten, aber auch einfache Wohnsiedlungen abgerissen und dabei teilweise ganz bewusst der Eindruck der Vorkriegszeit architektonisch wieder hergestellt (z.B. Innenstadt Dresden, Museumsinsel Berlin).

Das „demokratische Erfolgsprojekt deutsche Einheit“ war gleichzeitig ein überaus erfolgreiches Programm des BRD- Monopolkapitals, die Erfolge des Sozialismus im eigenen Land so schnell wie möglich zu verleugnen und (im wortwörtlichen Sinne) verschwinden zu lassen. Wie für unsere Genossen in anderen Ländern der Welt auch, muss doch aber der politische Kampf für Partei, Revolution und Sozialismus dort ansetzen, wo er historisch zuletzt geschlagen wurde. Und das wurde er in Deutschland weder von der KPD, noch von den westdeutschen „K- Gruppen“ der 1970er, sondern bis 1990 von einem sozialistischen, ostdeutschen Staat mit 40- jähriger Geschichte.

Objektiv betrachtet war diese eine Erfolgsgeschichte, nur leider wird sie so selten objektiv betrachtet. Wer der DDR wegen Vorbehalten gegenüber Honecker, dem MfS der Mauer o.ä. absprechen will, ein erfolgreicher, sozialistischer Staat gewesen zu sein, argumentiert nicht marxistisch, sondern eher wie ein arbeitsscheuer Linkspartei- Fan, der ernst gemeinte Argumente gerne mit „In meinem Sozialismus gibt es aber...“ einleitet. Fakt ist, dass die DDR praktisch bewiesen hat, dass das was wir heute als recht abstrakte, ökonomische Forderungen auf die Straßen bringen, innerhalb deutscher Verhältnisse funktioniert: Sozialistisches Eigentum, Betriebe in Arbeiterhand und eine staatlich gelenkte und überaus produktive Planwirtschaft, all das hat es bis 1990 in unserem eigenen Land gegeben. Kommunisten in anderen Staaten würden ihre Niere für die praktischen wie ideologischen Möglichkeit verkaufen, die es in sich birgt den Sozialismus im eigenen Land nicht aufbauen zu müssen sondern wiederaufbauen zu können. Deutsche Kommunisten schreiben trotzdem Texte über „Kontinuitätsprobleme“.

Doch warum tun sie das? Entgegen der weitläufigen Meinung vieler (westdeutscher) Genossen ist die kategorische Ablehnung der DDR unter denen, die sie tatsächlich erlebt haben, nämlich eine eher

seltene Einstellung. Selbst hinter einem polemischen „wollen wir nicht wieder“ steckt bei den meisten Ostdeutschen Urhebern keine gefestigt antikommunistische Haltung, sondern eine Verbindung von einigen subjektiven Unzufriedenheiten aus DDR- Zeiten mit Ergebnissen der mächtigen, bundesdeutschen Ideologieproduktion.

Darunter kommen jedoch auch heutzutage noch Elemente einer ostdeutschen Identität zum Vorschein, die von der Annexion und dem damit verbundenen Verlust der Lebensgrundlagen ebenso materiell geprägt wurde, wie von zahllosen positiven Erinnerungen an das „Damals“ und die sich primär in Abgrenzung zum hyperindividualisierten Kapitalismus westdeutscher Prägung definiert. Dass sich das Erbe der DDR in den Köpfen ihrer ehemaligen Bewohner und deren Nachkommen bisher kaum in Affinität für zeitgenössische, kommunistische Politik geäußert hat, liegt nicht an ostdeutschen Köpfen, sondern primär an der zeitgenössischen kommunistischen Politik. Eine Bewegung, die sich so extrem daran orientiert, was der neue heiße Scheiß an westdeutschen, linken Hochschulen ist und entsprechend von A wie Anglizismen bis V wie Veganismus vieles verkörpert, was ostdeutschen Proleten als Inbegriff westdeutscher Abgehobenheit gilt, wird dieses Proletariat niemals organisieren und seine historische Prägung entsprechend auch nicht für sich nutzen können.

Ein wesentliches Element der Nutzbarmachung der, oft eher instinktiven denn politisch – bewussten, Opposition von Millionen von Ostdeutschen gegenüber der heutigen BRD ist ein simples Argument unserer Bewegung, dass vor lauter Fachdebatten manchmal ins Hintertreffen gerät: das gute Leben. Die Sicherung eines höchstmöglichen Lebensstandards für die Arbeiterklasse war staatliches Ziel der DDR, Wohnungswesen, Bildungs- und Gesundheitssystem praktische Antworten auf einige der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Beispiele, wie das bedarfsorientierte Gesundheitssystem, oder die mehr als doppelt so vielen Wohnungen pro 10.000 Einwohner mehr als heute (mit 3-5% des Einkommens als Miete), fallen hierbei unter das bereits angebrachte Argument der DDR als historischer Beweis für den Wahrheitsgehalt kommunistischer Theorie. „Das gute Leben“ ist als politisches Argument noch niedrigschwelliger nutzbar: Den Menschen ging es im Sozialismus besser, folglich wird es ihnen auch in einem noch zu erkämpfenden Sozialismus besser gehen.

Die Ebene, auf der wir Menschen mit diesem Argument dazu bewegen können, sich mit sozialistischer Politik zu identifizieren, braucht keine historische (z.B. Russland 1917) und auch keine internationalistische (z.B. „schau doch mal nach Rojava“) Abstraktion von ihrer Alltagserfahrung. Es ist die Ebene der grundlegendsten, alltäglichen Bedürfnisse: Soziale Absicherung und keine Obdachlosigkeit. Kultur, Sport und Arbeit eng verbunden in Betriebssportgemeinschaften und Kulturhäusern, Nachbarschaftliche Kollektivität statt Vereinzelung und Einsamkeit, Jugendorganisationen statt Social- Media- Sucht etc. Das Erbe der DDR, lebendig in den Erinnerungen ihrer Zeitzeugen, ist nicht nur historisches Beispiel für die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge des Sozialismus, sondern auch dafür, weshalb es sich für jeden einzelnen Arbeiter gerade heutzutage wieder lohnt dafür zu kämpfen.

Zwischen unseren aktuellen Parteaufbaubestrebungen und der Möglichkeit, das Erbe der DDR als gemeinsame historische Verpflichtung aller deutschen Kommunisten zum sozialistischen Wiederaufbau zu begreifen, liegen weder ein den Massen unterstellter Anti- DDR- Dogmatismus, noch unsauber argumentierte Analysen über eine vermeintliche „Ausbeuterklasse“ aus SED – Funktionären. Von diesem erstrebenswerten Ziel trennen uns in erster Linie Unwissen, in zweiter Linie politische Feigheit. Unwissen über all die Erfolge des DDR – Sozialismus, dessen tatsächliche politische und ökonomische Beschaffenheit und deren Übereinstimmungen mit unseren heutigen politischen Forderungen. Aber auch politische Feigheit der Tatsache ins Auge zu sehen, dass die eigene Un- bzw. Fehlinformiertheit oft keine „abweichende Analyse“, sondern ganz im Gegenteil gewünschtes Ergebnis antikommunistischer Propaganda ist, die man dadurch aktiv mitverarbeitet.

Um an dieser Stelle den Bogen zum Einstieg in unseren Artikel zu spannen: Nicht nur vereinzelt auftretende Fehlanalysen kommunistischer Gruppen zum Thema DDR machen sich indirekt dem Mitwirken am BRD – Ideologieapparat schuldig. Wir reden der herrschenden Klasse tatsächlich sogar am ehesten dann nach dem Mund, wenn wir die DDR gar nicht erst erwähnen – den Palast der Republik abzureißen war ein Kinderspiel für den BRD- Antikommunismus, sogar selbstbezeichnende Sozialisten 40 Jahre sozialistische Herrschaft im eigenen Land vergessen zu lassen sein Meisterstück. Es gehört zu unseren historischen Aufgaben im Parteaufbauprozess die künstlich geschaffene Lücke zwischen unserer Bewegung und diesen 40 Jahren sozialistischer Herrschaft zu schließen, fernab von hängengebliebener Nostalgie und ignoranter Verteufelung.

Wer von der DDR nicht lernen und ihr Erbe nicht für sich nutzen will, soll vom Aufbau des Sozialismus in Deutschland schweigen.